Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.90, monatlich 1.30 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 141. Freitag, den 20. Juni 1919. 26. Jahrg.

Die Mehrheit der Nationalversammlung für Annahme des Friedensultimatums.

Rücktritt des Kabinetts.

Berlin, 20. Juni. Aus Weimar wird gemeldet: Das Ergebnis der letzten Kabinettssitzung, an der auch die Friedensdelegierten und die Führer der Mehrheitsparteien teilnahmen, war um 1,10 Uhr der Rücktritt des gesamten Reichskabinetts. Die Regierung hat sich aber bereit erklärt, die Geschäfte solange weiter zu führen, bis Reichspräsident Ebert ein neues Kabinett bestellt hat.

Weimar, 20. Juni. Wie gemeldet wird, hat die Friedensdelegation offiziell der Reichsregierung ihren Rücktritt erklärt, wenn der Friedensvertrag in der jetzigen Form angenommen wird. In der Nationalversammlung ist eine Mehrheit von 25 bis 30 Stimmen für Unterzeichnung vorhanden.

Die Entscheidung ist gefallen. Der ungeheure Druck, der seit Monaten auf dem deutschen Volke lastet, der durch seine Inhaltsschwere jedes Hoffnungsgefühl verbannte, hat der Gewißheit des tatsächlichen Geschehens Platz gemacht. Aber nicht wie sonst im Leben des einzelnen bringt der vorbeigezogene Alpdruck eine Erlösung. Schwer, riesenhaft, untragbar schwer ist das Neue, das an die Stelle des Alten gesetzt werden soll, und wer weiß, wer kann sagen, was uns jetzt die Zukunft bringt. Sklaverei im Dienste der Ententekapitalisten. Arbeit, Mühe, Plage als Sühne für die Verbrechen anderer. Der Leidensweg eines Dostojewskischen Menschenschicksals breitet sich vor einem ganzen großen, unschuldigen und von gewissenlosen Machthabern irregeleiteten, unterdrückten Volkes aus. Und dieser Leidensweg wird geschaffen von den imperialistischen Herrschern der Entente, die gleichfalls immer wieder auf den Krieg hingewirkt haben.

Aber was hilft alles Trauern, wenn die Tat ruft? Uns blieb keine andere Wahl mehr, nachdem uns die Faust des Siegers auf den Nacken gesetzt ist, wenn das Ultimatum vor uns ausgebreitet liegt: Unterschreiben oder noch härtere Unterjochung, noch größeren Hunger, noch weiteres Elend. Wohl wird uns einzublasen versucht, daß eine energische Haltung und Ablehnung nur die Qualen für kurze Zeit erhöhen würde. Aber wir kennen die bittersüßen Pillen weiteren Durchhaltens zur Genüge. Wer könnte dafür bürgen, daß es nicht doch noch schlimmer käme, und wir doch die noch mehr Betrogenen sein würden. Deshalb sagen wir: **wir lehnen diesen Frieden ab, auch wenn wir ihn unter schwerem Zwange unterzeichnen!** So ehrliche Genossen jenseits unserer Grenzen auch wohnen mögen, bis sie die Kraft und den Willen haben, uns aus den Klauen ihrer Gewalthaber zu befreien, darauf können wir nicht warten. Wir müssen uns nur einig sein, daß der Kampf gegen diesen Gewaltfrieden trotz der Unterzeichnung mit allen Mitteln fortzusetzen ist. Denn darüber seien wir uns klar: Auch Unterzeichnung bedeutet Kampf, Kampf mit allen Waffen des Geistes und des Rechts, Kampf bis zur Entscheidung darüber, ob Sozialismus oder Imperialismus in der Welt herrschen soll. Darüber gibt es vor allem unter den Sozialisten keine Meinungsverschiedenheit. Unser Kampf gegen dieses Friedensschandwerk wird auf dem Boden des internationalen Sozialismus mit aller Gewalt weitergehen und auch ausgefochten werden. Und die Stunde des Rechts wird kommen, der Glockenschlag des wahren, reinen Menschheitsfriedens wird den scheiternden Klang der heutigen Siegesglocken laut und hehr übertönen.

Die Reichsregierung hat aus dem Gang der Ereignisse den einzig richtigen Schluß gezogen: sie hat demissioniert. Leicht ist ihr der Entschluß gewiß nicht geworden, in der schwersten Stunde des Reiches die Zügel aus der Hand zu legen. Aber nachdem sie sich auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt hatte und die Nationalversammlung — deren Vertrauen sie bisher genoß — wenn auch mit geringer Mehrheit sich für die Unterzeichnung des Vertrages auszusprechen gewillt ist, blieb ihr keine andere Wahl übrig.

Wie die neue Regierung aussehen wird, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Jedenfalls wird es wieder eine Koalitionsregierung werden, in der die Sozialdemokratie entsprechend ihrer Macht vertreten sein wird.

Das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse muß klar sehen. Wir Sozialdemokraten haben uns bisher durch kein noch so großes Ungemach niederdrücken lassen. Wir dürfen nicht wie ein Verbrecher vor dem wuchtigen Justizurteil hoffnungslos zusammenknicken. Wir müssen auch heute das Helle aus dem dunklen Wolkenvorhang wahrnehmen. Wir lassen uns durch keine noch so schwierige Lage aus der Fassung bringen. Aufrecht und vorwärts ist Blick und Ziel gerichtet. Geradeaus geht unser Weg, unbekümmert um das Gebelfer von rechts und links. Nach all dem Furchtbaren, das unserem im unsäglichen Leiden lebenden Volke noch bevorsteht, muß doch wieder einmal eine glücklichere Zeit kommen. Daß diese nicht zu lange auf sich warten läßt, darauf muß unsere Arbeit gerichtet sein.

Die Frage einer Volksabstimmung ist jetzt in den Hintergrund getreten, nachdem sich die Mehrheit der Nationalversammlung für die Unterzeichnung bereit erklärt. Eine solche Abstimmung hätte natürlich ihre Schattenseiten, und es ist zweifelhaft, ob sich die Entente auf ein längeres Warten einlassen würde. Die Nationalversammlung ist in erster Linie gewählt worden, um dem Volke eine Verfassung zu geben und den Frieden zu schließen. Die Verantwortung hierfür hat sie von der Geschichte zu übernehmen. Dennoch halten wir es für dringend notwenig, daß sich die Nationalversammlung mit dieser Frage beschäftigt.

Die entscheidende Kabinettssitzung.

Um Mitternacht begann eine Kabinettssitzung, die voraussichtlich zu der erwarteten Teilkrise führen wird. Das Kabinett hatte den Parteien wissen lassen, daß eine Reihe seiner Mitglieder zurücktreten werde, wenn nicht eine große Mehrheit der Parteien sich für die Ablehnung des Vertrages entscheiden würde. In absolut ablehnendem Sinne haben sich folgende Minister geäußert: Preuß, Dernburg, Rantzau, Landsberg, Gothein und Giesberts. Die Stellung des letzteren scheint aber im Laufe des gestrigen Tages schwankend geworden zu sein.

Die Ergebnisse der vorläufigen Abstimmung in den Fraktionen.

Die Fraktion der Mehrheitssozialisten nahm nach mehrstündigen Beratungen eine vorläufige Abstimmung vor, die 75 Stimmen für Annahme des Entente-Vertrages und 39 Stimmen dagegen ergab. 51 Abgeordnete fehlten. Das Zentrum hatte den beiden anderen Mehrheitsparteien ein Kompromiß unterbreitet, das die Ablehnung des Schuldbekenntnisses, sowie Auslieferung der Heerführer und Politiker zur Aburteilung an einen Gerichtshof der Entente und die Erklärung enthält, daß die wirtschaftlichen Bedingungen unerfüllbar seien. Für diese „notifizierte Annahme" der Friedensbedingungen sprachen sich im Zentrum 79 Abgeordnete aus. Die wenigen übrigen enthielten sich teils der Stimme, teils waren sie für unbedingte Annahme. In der demokratischen Fraktionssitzung stimmten 58 dafür, daß man den Boden dieses Kompromisses beschreiten soll, daß aber, wenn die Gegner den Kompromiß wieder ablehnen sollten, der Friedensvertrag deutscherseits ebenfalls abgelehnt werden soll. In der Tagung des Staaten-Ausschusses erklärten sich die Vertreter Preußens für Ablehnung des Vertrages in der gegenwärtigen Form, die Sachsen für Annahme, während die Bayern geteilter Ansicht waren. Die Abstimmung war allerdings ebenfalls noch keine endgültige.

Austritt Richthofens aus dem Friedensausschuß.

Der Abgeordnete Freiherr v. Richthofen hat in Anbetracht des Votums der demokratischen Fraktion seinen Austritt aus dem Friedensausschuß der Nationalversammlung erklärt, da die Fraktion eine Vertretung ihrer für die glatte Annahme der Bedingungen eintretenden Minderheit diesen Ausschuß nicht wünscht. An Stelle Richthofens ist der Abg. Dr. Haas, der badische Justizminister, der zu den konsequentesten Gegnern der feindlichen Friedensbedingungen zählt, in den Friedensausschuß eingetreten.

Der Zentralrat für Unterzeichnung.

Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik, der in seiner am 28. Mai veröffentlichten Resolution die Bedingungen der Entente als unerfüllbar genannt hatte, hält es jetzt für seine Pflicht, auszusprechen, daß der Friedensvertrag nunmehr unterzeichnet werden muß.

Die Stellungnahme der preußischen Landesfraktion.

Die sozialdemokratische Fraktion der Preußischen Landesversammlung hielt eine Fraktionssitzung ab, in der die Frage der Friedensunterzeichnung besprochen wurde. Obwohl formelle Beschlüsse nicht gefaßt wurden, ließ sich die Stimmung doch dahin feststellen, daß der überwiegende Teil der Fraktion (nach dem Verhältnis der Redner, etwa 1 : 3) der Ansicht war, daß eine Unterzeichnung des Vertrages schließlich sich nicht würde umgehen lassen. Das größte Bedenken gegen die Unterzeichnung erweckte auch bei deren Anhängern das Schicksal der Ostprovinzen. Allgemein war die Ansicht, daß vor der Unterzeichnung noch ein äußerster Versuch gemacht werden müsse, wenigstens für Westpreußen die Volksabstimmung wie für Oberschlesien zu retten.

Die Haltung des „Vorwärts".

Ueber die Haltung des „Vorwärts" zur Frage der Unterzeichnung sind in letzter Zeit allerhand Gerüchte durch die Presse gegangen, die darauf zurückzuführen sind, daß der in Weimar befindliche Chefredakteur des „Vorwärts", Friedrich Stampfer, für die Ablehnung des Friedensvertrages schrieb, während ein Redaktionsartikel für die Annahme eintrat. Wie wir erfahren, ist die Situation die, daß Stampfer von Anfang an für die Ablehnung des Friedensvertrages eingetreten ist, aber damit auf den Widerstand seiner gesamten übrigen Kollegen stieß, welche die schließliche Unterzeichnung als unvermeidlich ansahen. Dennoch haben sich diese bereit erklärt, ihren Standpunkt zurückzustellen, solange Aussicht bestand, durch Verhandlungen Verbesserungen des Vertrages zu erzielen. Angesichts des Ultimatums der Entente und der gespannten Situation hat sich jedoch auch dieser Teil der Redaktion verpflichtet gefühlt, mit seiner Ansicht hervorzutreten.

Unabhängige und Deutschnationale.

Wir haben gestern einen kurzen Auszug des „Hamburger Korrespondenten" gebracht, der dem deutschen Volke unterschob, es habe, wenn es sich auf die Bedingungen einlasse, kein besseres Schicksal verdient. Das Blatt der Kriegshetzer und Annektionisten behauptete, in diesem Falle „seien die Deutschen nicht nur militärisch völlig besiegt, sondern auch moralisch auf einem Tiefstand angekommen, daß sie kein besseres Schicksal verdienen, als die harte Faust der grausamen Feinde es ihnen auferlegt". Das wagt ein kapitalistisches Blatt zu schreiben, dessen Gesinnungsgenossen zu den ersten Ausreißern zählen, die mit ihrem ergaunerten Gewinn in Scharen über die Grenzen flüchten. Kann man diese Handlungsweise auch verstehen, dann muß es aber doch ein Gefühl der Bitterkeit auslösen, wenn von sozialistischer Seite dem brutalen Gegner sein Recht attestiert wird. Die „Freiheit", das unabhängige Zentralorgan, findet den Mut zu folgenden Zeilen:

> Wuchtig und hart haben die Männer, die sich als Weltrichter fühlen, die Anklage formuliert. Schmerzlich müssen wir bekennen, daß viel von dem, was sie gegen die führenden Machthaber sagen, viel sogar von dem, was sie gegen das deutsche Volk vorbringen, berechtigt und wahr ist.

So dem Ententekapitalismus die Waffen in die Hand drücken, ist bitter und — gelinde gesagt — ungerecht.

Die Folgen bei Nichtunterzeichnung.

Wie aus Paris berichtet wird, hat Marschall Foch unmittelbar nach Ueberreichung der Antwort der Alliierten mit dem Rat der Vier eine Konferenz über die Durchführung des Vormarsches nach Deutschland beraten, falls die Unterschrift unter den Vertrag nicht erfolgen soll. Danach werden Engländer und Amerikaner Essen und Umgebung besetzen, während die Franzosen über Kehl und Mainz vorstoßen sollen.

Die alliierte Heeresleitung hat außerordentliche Maßnahmen getroffen und große Massen an Artillerie, Tanks und Kavallerie für den Vormarsch bereitgestellt. Ebenso sind alle Vorkehrungen getroffen, um den Rhein auf Schiffbrücken zu überschreiten. Durch eine großzügige Aufklärung, die Flieger seit längerer Zeit unternommen haben, sind die Alliierten im Besitz genauer Photographien der deutschen Verteidigungsanlagen.

„Telegraaf" meldet aus Brüssel vom 18. Juni: Heute gehen 18 Sonderzüge mit belgischen Truppen von hier nach Deutschland ab. Der Transport zählt 6700 Mann und 1600 Pferde.

Einigungsbestrebungen als Deckmantel für Zerreißung der Parteiorganisation.

Ein Aufruf des Parteivorstandes.

Der Parteivorstand sendet uns folgende Erklärung: Die Versuche, das feste Gefüge der Parteiorganisation zu zerreißen, werden neuerdings unter dem heuchlerischen Vorwande, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen, betrieben.

In Hamburg hat am 12. Juni „eine Versammlung aller Betriebsräte, Vertrauensleute usw. aller Parteien" beschlossen, eine geeinte sozialistische — nicht sozialdemokratische — Partei auf der Grundlage der Räteorganisation zu gründen. Die Betriebsräte sollen die Parteibücher betriebsweise sammeln und zunächst einheitlich Marken kleben. Eine Sonderkommission soll vorläufig die Geschäfte der neu geeinten Partei führen.

Es ist ein frivoles Spiel, das hier mit der Partei und den Arbeitern getrieben wird. Die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen wäre geeignet, das Selbstbestimmungsrecht der in der Parteiorganisation zusammengeschlossenen Mitglieder, sowohl einzeln als auch korporativ, völlig aufzuheben. Jeder freie persönliche Entschluß wäre ausgeschaltet. Die Arbeiter in den Betrieben würden unter dem unerträglichen Druck terroristischer Minderheiten gestellt. Der helle Wahnsinn oder noch Schlimmeres spricht aus diesem Beschluß, die Lust an der Zerstörung jahrzehntelanger opferreicher und ausdauernder Arbeit. Unter der Behauptung, aufbauend und einigend wirken zu wollen, durch die Auflösung der Parteiorganisation in Atome, gibt man vor, zur Einheit kommen zu können.

Diesem Treiben müssen unsere Parteigenossen den heftigsten Widerspruch entgegensetzen. Es ist ein verbrecherischer Unfug, der hier betrieben werden soll. Man kann drei Parteien nicht einigen,

indem man eine vierte gründet. Der Parteitag hat der Partei in bezug auf die Einigung klare Richtlinien gegeben. Wer sein Mitgliedsbuch aus der Hand gibt, wer duldet, daß ein anderer es herausgibt, versündigt sich auf das schwerste an der Partei. Die Arbeiter brauchen die Partei in den kommenden schweren Zeiten notwendiger denn je. Darum, Genossen, haltet fest an Eurer Organisation!

Aus der Nationalversammlung.

Verfassungsausschuß der Nationalversammlung.

In der fortgesetzten Beratung gab vor Eintritt in den Abschnitt „Grundlagen des Gemeinschaftslebens" Reichsminister Dr. Preuß die allgemeine Erklärung ab, die Regierung habe erwogen, ob es nicht notwendig sei, bei der Schaffung der Grundrechte Vorbehalte hinsichtlich besonderer Pflichtverhältnisse gegenüber dem Staate zu schaffen. Man würde sich damit begnügen können, wenn der Ausschuß sein Einverständnis zur Auffassung der Regierung gebe, daß die „Grundrechte und Grundpflichten" der Regelung jener besonderen Pflichtverhältnisse, z. B. im Wehrgesetz, nicht präjudizieren sollen, und daß nicht etwa die Notwendigkeit eintrete, die Form der Verfassungsänderung zu wählen. Der Ausschuß nimmt von dieser Erklärung Kenntnis. — Beim Artikel 32a (Schutz der Ehe als Grundlage des deutschen Familienlebens) beantragt Frau Pfülf, daß das uneheliche Kind Anspruch auf vollständigen Unterhalt und Erziehung gegen Vater und Mutter hat. Das wird abgelehnt. Artikel 37 (Gewährleistung des Eigentums) wird unter Streichung der Bestimmung, daß über die Höhe der Entschädigung bei Enteignungen die ordentlichen Gerichte entscheiden, angenommen. Ferner wird ein neuer Artikel angenommen: „Das Erbrecht wird nach Maßgabe des bürgerlichen Rechts gewährleistet. Der Anteil des Staates am Erbgut bestimmt sich nach den Gesetzen." Artikel 37a enthält die Bestimmungen über die Verteilung und Nutzung des Bodens im Sinne der Wohnungs- und Heimstättenpolitik und des Siedelungswesens. Dabei wird ein Antrag angenommen, der die Berücksichtigung kinderreicher Familien bei der Wohnungsbeschaffung vorsieht. Ein sozialdemokratischer Antrag, statt der Bestimmung: „Alle Bodenschätze und Naturkräfte stehen unter Aufsicht des Staates" zu sagen: „Alle Bodenschätze und Naturkräfte sind in Gemeineigentum zu überführen, private Regale und Nutzungsrechte sind abgeschafft" wird abgelehnt. Zum Artikel 34a der die Pflichtversicherung der Arbeiter gewährleistet, wird eine vom Abg. Katzenstein beantragte, allgemeinere, nicht nur für die Arbeiter geltende Form angenommen. Artikel 34f. (Schutz des Mittelstandes) wird in der von den Demokraten beantragten Fassung angenommen: „Der Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Ausbeutung und Aussaugung zu schützen."

Danach nahm der Ausschuß einen Antrag der Abgg. Dr. Beyerle (Zentr.) und Haußmann (Dem.) an: Alle Staatsbürger sind verpflichtet, nach Maßgabe der Gesetze auch persönliche Dienste für den Staat und die Gemeinde zu leisten. Die militärische Dienstpflicht wird nach den Bestimmungen des Reichswehrgesetzes bemessen. Die Artikel über Glaubens-, Wissens- und Gedankenfreiheit und die Ausübung der Religionsfreiheit werden ohne Aussprache angenommen. Artikel 30b bestimmt in Absatz 1: Es besteht keine Staatskirche. Absatz 2 gewährleistet die Freiheit der Religionsgesellschaften. Nach Absatz 3 ordnet jede Religionsgesellschaft ihre Angelegenheiten selbständig. Nach Absatz 4 erwerben sie die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften. Für Absatz 5 wird nach unerheblicher Debatte die Fassung beschlossen, Religionsgesellschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie solche bisher waren, und erhält den Zusatz, auf Antrag des Abg. Dr.Ablaß (Dem.), anderen Religionsgemeinschaften sind gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie Religionsgesellschaften werden. Absatz 6 erhält die Fassung: die Religionsgesellschaften sind berechtigt, Steuern auf Grund der bürgerlichen Steuerlisten zu erheben und durch die bürgerlichen Behörden einziehen zu lassen. Die anderen Absätze des Artikels werden unverändert angenommen. Artikel 30e wird mit einem von Dr. Beyerle (Ztr.) beantragten Zusatz angenommen, wonach auch andere Rechte der Religionsgesellschaften abgelöst werden.

Der Artikel 31a wurde durch den Zusatz ergänzt, „die Lehrerbildung ist für das Reich einheitlich zu regeln", ein Antrag des Sozialdemokraten Dr. Quarck. Der Artikel 31b über die Schulaufsicht wird durch den Antrag des Demokraten Koch ergänzt: „Der Staat kann die Gemeinden daran beteiligen."

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die „Spaten"-Gilde.

Nachdem der alldeutsche Humbug nicht mehr zieht, werden von den agrarischen Blutsaugern neue Organisationen geschaffen, die sich in erster Linie gegen die Zwangswirtschaft und gegen die sozialistische Regierung wenden. „Landbunde" wurden die reaktionären Vereinigungen getauft. Um auch den nötigen Anhang zu erwerben, versuchen die Krautjunker sich bei den Kleinhandwerkern und Kleinbauern zu empfehlen. Vorläufige Forderungen sind:

1. Protesterhebung gegen die angeblich zu niedrigen Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse. 2. Wenn dies nichts fruchtet, Verweigerung der Abgabe der landwirtschaftlichen Produkte. 3. Wenn die ausgehungerten Städter sich etwas holen wollen, Abwehr mit bewaffneter Macht.

Die angenommenen Kleinhandwerker usw. stellten dagegen folgendes Verlangen:

1. Zeitgemäße Entlohnung des Landarbeiters. 2. Aufteilung der schlecht bewirtschafteten Rittergüter. 3. Hergabe von Pachtland zu gartenbaulichem Betrieb. 4. Verbesserung der ländlichen Wohnungsverhältnisse, besonders auf den Rittergütern.

Es zeigt sich aus allem Gehörten, daß wir es in den neuetablierten „Landbünden" mit nichts anderem zu tun haben, als mit einer Auflage des alten ehrlichen „Bundes der Landwirte", nur mit der Formänderung, daß zur Verdeckung ihrer großagrarischen Ziele Handwerker, Arbeiter, Unterbeamte und Kleinbauern sowie der Gewaltfrieden Barthus leisten sollen.

Es handelt sich um dieselben Patrioten, die angeblich „Spaten" anjammern, welche sich im geeigneten Moment in „Handgranaten" verwandeln, wie Abg. Herbert im Preuß. Landtag klarlegte.

Kapitalabwanderung unter dem Schutz der Entente.

Aus dem linksrheinischen Gebiet und den anschließenden Gegenden rechts vom Rhein wird in der letzten Zeit eine sich immer verstärkende Kapitalabwanderung nach Frankreich gemeldet. Man zahlt 230 bis 250 Mk. für 100 Frank, um französisches Geld in die Hände zu bekommen. Die linksrheinischen Behörden sind bei dem Versuche, einzuschreiten, auf den Widerstand der Besatzungsbehörden gestoßen, die diese Vorgänge mit allen Mitteln unterstützen.

Belagerungszustand über Erfurt.

Nachdem die Reichsregierung in einem Aufruf an die Erfurter Arbeiter aufgefordert hatte, sich nicht durch die Rebensarten weniger Drahtzieher provozieren zu lassen, sondern in der Stunde der höchsten Gefährdung zum Reiche zu stehen, wurde am Donnerstagabend das Eisenbahndirektionsgebäude in Erfurt durch Truppen des Landjägerkorps unter General Maercker auf Befehl der Reichsregierung besetzt, weil Beamte und Arbeiter der Eisenbahndirektion Erfurt ihre „willkürliche Demokratisierung" durchführten sowie den Eisenbahnpräsidenten und verschiedene Dezernenten absetzten. Die Truppen waren beauftragt, die alten Beamten wieder einzusetzen. Es fanden Verhandlungen mit den Beamten und Arbeiterverbänden statt. Man beschloß, mit der Regierung in Verhandlungen einzutreten. General Maercker will ebenfalls bei der Regierung vorstellig werden und forderte die Versammlung auf, das Ergebnis seiner Unterhandlungen mit der Regierung abzuwarten. Im Laufe des Nachmittags nahm die Menge eine feindliche Haltung gegen die Posten der Regierungstruppen ein, die Schreckschüsse abgaben. Abends wurde der Belagerungszustand verhängt.

Mobilmachung auf der Insel Rügen.

Der Landrat der Insel Rügen hat einen Aufruf an die Beurlaubten und die Ersatzreserven der Jahrgänge 1884—98 zur sofortigen Meldung für die Stammrolle erlassen. Aufklärung für dieses sonderbare Vorgehen ist dringend notwendig.

Ungarn.

Ein Ultimatum Clemenceaus an die Ungarn. Nach einer Meldung des ungarischen Korrespondenzbüros heißt es in der Note Clemenceaus an die ungarische Regierung: „Die auf tschecho-slowakischem Gebiet kämpfende ungarische Armee wird aufgefordert, sich sofort hinter die für Ungarn bestimmten Grenzen zurückzuziehen. Wenn die alliierten und assoziierten Mächte auf Grund der Information ihrer Vertreter vom 14. Juni, mittags, gerechnet, innerhalb vier Tagen nicht die Mitteilung erhalten, daß die Bestimmung tatsächlich durchgeführt wird, so wird es ihnen freistehen, vorzudringen oder sonstige Maßnahmen zu ergreifen, die zur Sicherung eines gerechten Friedens geeignet erscheinen. Die rumänischen Truppen werden augenblicklich zurückgezogen, wenn die ungarischen Truppen die Slowakei räumen. Die alliierten und assoziierten Mächte fordern nachdrücklich, daß während dieser Truppenbewegungen die Rumänen nicht beunruhigt werden und keinerlei Versuch gemacht werde, ihnen über die rumänische Grenze hinaus zu folgen."

Frankreich.

Die russische Politik Frankreichs. Die Kammer hat die Erörterungen über die Politik der französischen Regierung in Rußland und über die Zwischenfälle in Odessa zu Ende geführt. Die ganze Sitzung stand im Zeichen starker Erregung. Zu wiederholten Malen kam es geradezu zu tumultuarischen Szenen. Unterstaatssekretär Abrami mußte zugeben, daß besonders in den Etappen der Orientarmee Unordnung herrsche und sehr schlecht gewirtschaftet worden sei. Von militärischen Stellen seien schwere Fehler begangen worden, ganz besonders an einem Stützpunkt am Schwarzen Meer, so daß scharfe Strafmaßnahmen notwendig geworden seien. General Humberts Untersuchung an Ort und Stelle habe diese Zustände aufgedeckt, aber auch festgestellt, daß die Stimmung der Truppe selber durch diese Zustände nicht beeinflußt sei. Auf einen Zuruf Cachins erwiderte Abrami: Die französische Regierung werde die Orientarmee so schnell als es irgend gehe nach Frankreich zurückführen. Nach Abrami ergriff Pichon das Wort, um die Orientpolitik Frankreichs klarzulegen. Von 400 000 Soldaten in Sibirien seien 500 Franzosen und zwar alles Instrukteure. Von 40 000 Mann alliierter Truppen in Rußland seien 2000 Franzosen. An der Dnjestr-Linie stünden zwei französische Divisionen. In Rußland verteidige sich die Entente gegen Deutsche, welche die Bolschewiki bewaffnen und gegen die Entente aufhetzen. Der Tag werde kommen, wo Rußland wieder Bundesgenosse Frankreichs sein werde. Einen dauerhaften Frieden könne es nicht geben, solange die Bolschewisten in Rußland herrschten. Plötzlich erhob der Royalist de la Haye die Anschuldigung gegen die sozialistische Partei, sie habe von Deutschland 20 Millionen Frank erhalten, um die gegenwärtigen großen Streiks zu organisieren. Cachin verlangte angesichts der Verleumdung eine Erklärung Pichons. Nach einigem Zögern erklärte dann Pichon, er bedauere, daß de la Hay eine solche Aeußerung getan habe, für welche er keinerlei Anhaltspunkte haben könne und die französische Regierung besitze nicht die geringsten Beweise. Schließlich wurde mit 249 Stimmen für und 137 dagegen bei 50 Stimmenenthaltungen eine Tagesordnung angenommen, in welcher die Kammer der Regierung ihr Vertrauen ausspricht.

Achtstundentag für Bergleute. Der Senat nahm die Vorlage über die Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken mit einer Abänderung an, welche den Wünschen der Bergarbeiter entgegenkommt. Die Vorlage wurde schließlich an die Kammer zu neuer Lesung zurückverwiesen.

England.

Die englischen Arbeiter und die interalliierte Sozialistenkonferenz. „Daily Herald" meldet aus Paris, daß die Nichtteilnahme englischer Delegierter an der in Paris stattfindenden Sozialistenkonferenz, bei den französischen, italienischen und amerikanischen Delegierten bittere Enttäuschungen erregt habe. Die Italiener und Franzosen scheinen, wie „Daily Herald" meldet, weit besser zu begreifen als die Engländer, wie kritisch die Lösung der augenblicklichen Lage für die gesamte Arbeiterbewegung ist. Es herrscht die Ansicht, daß die englischen Arbeiter ihre Genossen in den anderen Ländern sollen lassen.

Wirtschaftliches.

Milderung der Blockade?

Der oberste Wirtschaftsrat beschloß, daß jede Verbandsmacht selbst entscheiden soll, ob sie ihren Untertanen gestatten will, private Handelsbeziehungen mit Deutschland im Rahmen der Blockade anzuknüpfen. — Der Beschluß bedeutet ein Zugeständnis an Amerika, das einer wirtschaftlichen Aushungerung für Deutschland nicht abgeneigt ist.

Ernährungsfragen.

Lebensmittel für Minderbemittelte.

Die P. P. N. schreiben: Das vom Reichsernährungsminister aufgerollte Problem der „Staffelung der Lebensmittelpreise", dem in vielen Gemeinden Widerstände aller Art entgegentreten, läßt sich in seinem Kerne auf die Frage zurückführen: „Wie ermöglichen wir es den minderbemittelten Kreisen des Volkes, die teuren ausländischen Lebensmittel ebenso gut kaufen können, wie das den Wohlhabenden möglich ist?" Daß es sich bei dieser Frage nicht allein um einen Ausfluß sozialer Empfinden handelte, sondern um eine sehr ernste, nicht zu umgehende positive Notwendigkeit, daß erhellt aus der Tatsache, daß sich wohlhabende Kreise um die Erlassung der Lebensmittelmarken bemühen, die von den Zahlungsschwachen nicht ausgenutzt werden können. Diese wohlhabenden Personen kaufen z. B. erhebliche Mengen holländisches Schweinefleisch, unbeschadet des hohen Preises von 11 Mk. das Pfund ein, pökeln es, lassen es räuchern oder konservieren es in Gläsern. Mit gerechter Verbitterung sehen die unbemittelten Kreise solche Vorgänge an. So schwierig es auch erscheint: Es müssen Mittel und Wege gefunden werden, wenigstens die am meisten leidenden Schichten — und sie haben schon jahrelang der Unterernährung ihr Opfer gebracht — Hilfe zu bringen. Ob das mit einer Staffelung der Preise zu erreichen ist, oder ob man das brennende Problem, wie in Schöneberg mit besonderen Luxussteuern, deren Ertrag man zur unteren Entlastung verwendet, zu lösen sucht, oder ob eine direkte Sonderbesteuerung der höchsten Einkommen und Vermögen zu gleichem Zweck einzuleiten ist, oder ob noch andere Wege gangbar sind: das ist die Frage des Tages, die nach rascher Entscheidung drängt und weder langwierige Erwägungen, noch eingehende statistische Erhebungen verträgt. Wo ein Wille, da findet sich auch ein Weg.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Freitag, 20. Juni.

Eine Sitzung des Ernährungsamtes

fand heute vormittag statt. Senator Dr. Stooß eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, daß eine gründliche Aussprache in der Pferdefleischfrage stattfinden solle. Für die Prüfung der Beschwerden über beschlagnahmte Lebensmittel ist eine Sonderkommission im Ernährungamt eingesetzt, der außer Mitgliedern des Arbeiterrates auch Polizeirat Lippert angehört. Mehrlein gibt bekannt, daß Lübeck einen Lagerbestand an Kartoffeln von 35 000 Zentnern habe und daß eine weitere Sonderausgabe von 5 Pfund die Woche möglich sei. Zukünftig werde ein Einheitspreis von 20 Pfennigen per Pfund eingeführt, welches freilich eine weitere Belastung des Staates von 200 000 Mark bedeute. — Planthafer erwähnt, daß die Mitglieder des Ernährungsamtes bei Einkäufen von Lebensmitteln nicht immer hinzugezogen seien. Eine längere Aussprache fand über die Versorgung und Einkäufe von Lebensmitteln statt. Lieferungsmöglichkeiten liegen vor in Käse und Fleisch. Es liegen Angebote vor für Schweinefleisch und Rindfleisch. Schweinefleisch 18 Mk. das Kilo und Rindfleisch 9 Mk. das Kilo. Doch müsse Rind- und Schweinefleisch genommen werden. Durch Vermittelung der Reichsfleischstelle ist es möglich, auch Auslandsspeck für 8,20 Mk. das Pfund von Rotterdam zu beziehen. 20 Tonnen Schmalzersatz ständen von der Firma Cadow zur Verfügung. Beschlossen wird, an Lebensmittel möglichst alles zu kaufen, was man irgendwie bekommen kann. Von mehreren Rednern wird angeregt, für die Minderbemittelten einen geringeren Preis festzusetzen oder die Preise zu klassifizieren. Mehrlein erklärt, die Kommission sei für die Prüfung der Frage: Verbilligung der Lebensmittelpreise für Minderbemittelte nicht zusammengetreten, sondern der Arbeiterrat solle diese Frage selbst prüfen und Vorschläge machen. Die erhöhte Ration, die seit März von Grütze usw. gegeben wird, kann weiter beibehalten werden. Die Beschwerden über unberechtigte Beschlagnahme von Lebensmitteln sollen von der Sonderkommission des Arbeiterrates und des Ernährungsamtes erledigt werden. Von vielen Rednern wird die Zuziehung von Sachverständigen beim Einkauf von Lebensmitteln verlangt. Dieses wird nicht abgelehnt, aber betont, daß vielfach schnell gehandelt werden und darum die Sachverständigen auch immer zu erreichen sein müßten. Dann kam die Pferdefleisch-Angelegenheit zur Sprache. Senator Strack, der dafür verantwortlich gemacht wird, sagt, Dr. v. Brocken werde hierüber einen objektiven Bericht geben. v. Brocken erklärt, es sei eine wichtige Frage, ob man gegen die Lieferanten gerichtlich vorgehen könne. In Betracht kommen die Firmen Herzig-Hamburg und auch Cadow. Gekauft seien für 1 900 000 Mark. Cadow hätte das Fleisch angeboten und gutes Fleisch versprochen. Geliefert habe C. aber nicht, sondern Herzig-Hamburg. Zwei Probedosen seien von Senator Strack und Cadow gemeinsam untersucht und festgestellt worden, daß das Fleisch gut war. Erstmalig seien 200 000 Dosen zum Preise von 9,50 Mk. pro Kilo ab Hamburg geliefert. Die Zahlung sei aber an Cadow erfolgt. Die zweite Lieferung von 48 000 Dosen ist vom Schlachthausdirektor Lund untersucht worden. Die Untersuchung ergab, daß das Fleisch wohl salzig aber genießbar war. Bei der letzten Lieferung ergab die Prüfung, daß von vier Dosen, die geprüft wurden, zwei schlecht waren. Darauf ist sofort an Herzig geschrieben worden. Von der letzten Sendung sind 20 000 Dosen an die Schlachter zur Verteilung abgegeben worden. Verkauft ist davon nur wenig. Darauf ist eine Untersuchung von Schlachtern und Sachverständigen erfolgt. Festgestellt wurde, daß die erste Sendung gut, die zweite und die letzte Sendung aber teilweise schlecht war. Bei der letzten Sendung war verdorbene Ware. Einige Sachverständige sind der Meinung, die erste Sendung habe aus anderem Material bestanden. Woher die Ware ursprünglich stammt, konnte bisher nicht festgestellt werden. Man will sich daher an das Kriegsministerium selbst wenden. Vermutlich handelt es sich um Schieberware. Eigentümlich sei es, daß die Zahlung an Cadow erfolgen sollte, obgleich er angeblich nichts mit der Sache zu tun hatte. Gegen den Lieferanten soll vorgegangen werden, da er andere als die gemusterte Ware geliefert hätte. Ist die Firma Cadow beteiligt, dann soll sie mit zur Verantwortung gezogen werden. Die Lieferanten sagen nun, daß nicht das Fleisch, sondern nur die Dosen vom Kriegsministerium seien. Senator Strack und Herrn Lund werden schwere Vorwürfe darüber gemacht, daß man die Konserven trotzdem verteilt hätte, obgleich die Untersuchung ergeben hätte, daß von vier Dosen zwei schlecht waren. Nach dieser Feststellung durfte eine Verteilung nicht erfolgen. Senator Strack und Herr Lund verwahren sich gegen die Vorwürfe. Herr Lund behauptet, daß die erste Untersuchung nur ergeben habe, daß das Fleisch wohl grau, aber nicht ungenießbar war. Planthafer hebt den Unterschied in der Auffassung von Dr. v. Brocken und Lund hervor. Ersterer sage, die Untersuchung habe ergeben, das Fleisch sei verdorben gewesen, während letzterer behauptet, daß es genießbar wäre. Auch sei der Höchstpreis für Pferdefleisch weit überschritten worden. Der Staat sei um Millionen geschädigt worden. Viele Redner wenden sich noch scharf gegen die Ausgabe des Fleisches, insbesondere gegen Senator Strack. Untersucht müsse auch werden, ob Mitglieder des Ernährungsamtes an der Sache beteiligt seien. Die Kontrolle der Ware sei auch ungenügend gewesen. Die Mitglieder des Arbeiterrates wurden gefragt, ob sie der Ansicht seien, daß man das zuerst gelieferte gute Fleisch an die Bevölkerung ausgeben könne. Man war aber der Ansicht, davon vorläufig Abstand zu nehmen. Am besten wäre es, die Ware der Firma zur Verfügung zu stellen und gerichtlich gegen dieselbe vorzugehen. — Man kann also nur sagen, daß die Pferdefleisch-Angelegenheit wohl etwas, aber noch lange nicht voll aufgeklärt ist.

Die Versammlung der Bürgerschaft am Montag abends 8 Uhr wird sich mit folgender Tagesordnung beschäftigen: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Grunderwerb für die Gleisverbindung zwischen der Schlutuper Linie und dem Konstinbahnhof. 2. Erwerb von Landflächen des Ziegeleibesitzers Wegner zu Buntekuh. 3. Erhöhung des Staatszuschusses zu den Kosten der Krankenkasse für lübeckische Beamte. 4. Bereitstellung von Mitteln für Wohnungsbauten. 5. Bewilligung von Geldmitteln an den Arbeiterrat. 6. Gewährung von Beihilfen aus öffentlichen Mitteln an Einrichtungen der privaten Wohlfahrtspflege und Wohltätigkeit durch das Wohlfahrtsamt.

Für den Arbeiterrat bewilligte der Bürgerausschuß in seiner letzten Sitzung für die ihm gesetzlich zustehenden oder zu überweisenden Befugnisse zunächst 6000 Mark, die restlichen 9000 Mark sollen der Bürgerschaft zur Mitgenehmigung empfohlen werden.

Protest. „Die Donnerstag im Gewerkschaftshause tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Lübeck, erhebt energischen Protest gegen die Schreibweise des „Lüb. Volksboten" zu den Unruhen sowie gegen die Ausführungen des Bürgerschaftsmitgliedes A. Beck in der Bürgerschaftssitzung am Sonnabend, dem 14. ds. Mts. Die Versammlung ist vielmehr der Ansicht, daß vom Gewerkschaftskartell früher Aktionen gegen Wucher und Schleichhandel hätten unternommen werden müssen, dann wären die bedauerlichen Vorkommnisse am letzten Sonnabend unterblieben. Die Versammlung erklärt hiermit ihr Einverständnis mit der Demonstration."

Anm. d. Red.: Der „Volksbote" hat in der ganzen Angelegenheit den Standpunkt vertreten, den bisher die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eingenommen haben und der auch in dem von uns gestern wiedergegebenen Beschluß des alten Arbeiterrates seinen Ausdruck findet.

Die Handelskammern Lübeck, Hamburg und Bremen haben gemeinsam an die Deutsche Nationalversammlung, die deutsche Friedensdelegation und den Ministerpräsidenten folgendes Telegramm gerichtet: „Die hanseatischen Handelskammern halten es für ihre Pflicht, in letzter Stunde noch einmal darauf hinzuweisen, daß, wenn Vorschläge unserer Friedensdelegation nicht durchzusetzen sind, insbesondere Kriegsentschädigung in unbegrenzter Höhe aufrechterhalten bleibt, Kolonien verloren gehen, Schiffe geraubt werden und ausländischer Besitz sequestiert wird, keine Möglichkeit mehr besteht, Wirtschaftsleben und insbesondere Ueberseegeschäft wieder aufzubauen." — Und wenn abgelehnt wird, besteht dann diese Möglichkeit? Die Ententekapitalisten werden sie gewiß nicht schaffen!

Zwei Rinderviertel wurden gestern im Gasthof „Reuterkrug" abgeladen. Leute, die das beobachteten, hatten sofort die Meinung, daß es sich um Schleichhandelsware handelte und benachrichtigten Mitglieder des Arbeiterrates davon, die dann mit einem Mitglied der Sicherheitswehr das Haus durchsuchten und endlich auch die gesuchten schmackhaften Viertel fanden, die dem Kühlhause zur Aufbewahrung überwiesen wurden. Der Wirt des „Reuterkrugs" behauptet, daß er den Eigentümer nicht kenne und von der ganzen Sache nichts wisse.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Mai auf 978 (922), die der Besucher auf 1026 (972). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 17 Personen. Mithin sind im Mai 961 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1020 (943), darunter nach auswärts schriftlich 80 (89). Von den Besuchern waren organisiert 555 (469) Personen, und zwar gewerkschaftlich 210, politisch 16, gewerkschaftlich und politisch 329. Unter den verbleibenden 471 Nichtorganisierten befinden sich 274 Angehörige von Organisierten und 4 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 590 (537) männlich, 436 (433) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 993 (916); selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 33 (54); Organisationen — (2). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 804 (813) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 112 (81), Oldenburg 41 (26), Mecklenburg 39 (30), Preußen 21 (13), und sonstwo 9 (9). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) 127 (122), Privatangestelltenversicherung 1 (2), Arbeits- und Dienstvertrag 186 (160), bürgerliches Recht 293 (331), Strafrecht 61 (60), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 322 (246), Arbeiterbewegung 1 (1), Privatversicherung 5 (9), Handels- und Gewerbesachen 5 (4), Verschiedenes 20 (8). Von den Auskünften machten 277 (273) die Anfertigung von 358 (363) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 13 (11) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 243 (276) Postsendungen. Der 15. Mai zeigte mit 71 (58) die höchste, der 17. Mai mit 23 (28) die niedrigste Besucherzahl.

Statistischer Monatsbericht über die Stadt Lübeck im Monat Mai 1919. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im Mai folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr): Eheschließungen 140 (59), Geburten 94 (138), Sterbefälle 151 (171). Unter den Geborenen waren 15 oder 16,0 Proz. (27 oder 19,6 Proz) unehelich. Das Alter der Gestorbenen betrug in 14 (15) Fällen unter 1 Jahr und in 43 (48) Fällen über 70 Jahre. Todesursache war 30 mal Tuberkulose, 19 mal Krebs, 17 mal Krankheiten der Kreislauforgane und 11 mal Lungenschwindsucht. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 82 gemeldet, 46 mal Diphtherie, 33 mal Scharlach, 2 mal Typhus und 1 mal Masern. Gewaltsamen Todes endeten 3 durch Verunglückung. Unter den Gestorbenen waren 6 Kriegsteilnehmer.

Kriegsteilnehmer und Kriegsgetraute, welche ihren Hausstand einzurichten beabsichtigen, können ihren Bedarf bei der Gemeinnützigen Gesellschaft für Möbelbeschaffung m. b. H. decken. Minderbemittelte Käufer können auch die Möbel auf Ratenzahlungen erhalten. Mustereinrichtungen für Schlafzimmer, Wohnzimmer und Küche sind täglich von 3—6 Uhr in der Katharinenkirche zu besichtigen. Die Möbeln sind von hiesigen Handwerkern angefertigt.

Landaufenthalt für deutsche Stadtkinder in Finnland. Auf Grund der Pressemitteilung, daß durch die Dampfer der finnischen Reedereien eine Reihe von Kindern aus Beamten- und Offizierskreisen auf Einladung Finnlands zu 8wöchentlichem kostenlosem Erholungsaufenthalt nach Finnland befördert werden sollen, hat die Handelskammer sich sofort an die zuständige Stelle gewandt mit der dringenden Bitte, daß man sich bei der Auswahl der Kinder nicht auf Angehörige des Beamten- und Offiziersstandes beschränken, sondern auch Kindern von Privatbeamten (kaufmännische Angestellte) die gleiche Vergünstigung zubilligen möge, da dieser Stand in wirtschaftlicher Beziehung vielfach nicht günstiger gestellt ist, als die vorerwähnten Kreise.

Vorsicht, Darlehensschwindel! Es vergeht fast kein Tag, an dem nicht bei der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck, Parade 1, Beschwerden darüber einlaufen, daß Geldbedürftige, insbesondere unsere zurückgekehrten Krieger den Darlehnsschwindlern zum Opfer fallen. Es sei daher immer wieder dringend vor einer Verbindung mit unbekannten Firmen gewarnt. Bevor man mit ihnen feste Vereinbarungen trifft, erkundige man sich über sie bei der eingangs genannten Zentralstelle. Vorschuß zahle man nie!

Hilfe für die Unfall- und Invalidenrentner. Einem Schreiben aus dem Bureau des Reichspräsidenten ist zu entnehmen, daß die Frage einer Aufbesserung der Unfall- und Invalidenrenten gegenwärtig bei den zuständigen Reichsstellen bearbeitet wird. Die Aufbesserung wird durchgeführt werden, sobald sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nach Friedensschluß übersehen lassen. Schließlich aber wird alles davon abhängen, ob wir in der Lage sind, die zur Aufbesserung der Renten notwendigen Geldmittel aufzubringen. — Die Erhöhung der kargen Bezüge der Unfall- und Invalidenrentner ist mindestens ebenso notwendig wie die Aufbesserung der Löhne. Deshalb müssen eben die notwendigen Geldmittel dann beschafft werden.

Postpakete aus England. Die kürzlich durch die Presse gegangene Notiz der „Daily News" vom 29. Mai über die Bekanntmachung des Board of Trade über den Versand von Fünf-Kilopaketen nach Deutschland ist wie folgt zu ergänzen: Pakete, die auch Kleidung und Wäsche enthalten dürfen, müssen Geschenke von Einzelpersonen in England an bestimmte Personen, Verwandte oder Bekannte in Deutschland sein. Eine Bezahlung von deutscher Seite ist ausgeschlossen. Wer in England mit Angehörigen oder Freunden in Verbindung ist, von denen er Sendungen erwarten könnte, dem wird empfohlen, die Betreffenden an die einzige für den Versand aus England autorisierte Stelle: Friends Emergency Comittee, 27, Chancery Lane, London W. C. 2, zu verweisen. Näheres teilt auf Wunsch die mit dem Weiterversand innerhalb Deutschlands betraute Auskunfts-Hilfsstelle für Deutsche im Ausland und Ausländer in Deutschland, Berlin N. 24, Monbijouplatz Nr. 3, mit.

Städtische Regie für die Kunst. In vielen bedeutenderen Städten Deutschlands ist man zurzeit dabei, zu prüfen, ob und wie Orchester und Theater in städtische Regie übernommen werden kann, soweit dies nicht schon geschehen ist. Der verstorbene Herr Dr. Francis Simrock hat für ein neu zu gründendes Städtisches Orchester die Summe von 700 000 Mark hinterlassen und für einen städtischen Gesangverein die Summe von 100 000 Mark. Es ist nur schade, daß dieser Herr in Bonn lebte und nicht in Lübeck, sonst wäre man hier wohl nicht so zögernd in der Erledigung dieser Frage, die gegenwärtig, wie wir hören, die Theaterbehörde beschäftigt.

Zu den Diebstählen am Sonnabend werden wir gebeten mitzuteilen, daß das Fleisch von einem erwachsenen Schüler des genannten Musiklehrers in der Wahmstraße ohne Kenntnis desselben in die Wohnung gebracht und von der Suchkommission gleich wieder abgeholt wurde. Der Musiklehrer ist vollständig unbeteiligt.

Das Neue Lichtspiel-Theater bringt ab Freitag eine abenteuerliche Detektivgeschichte, in deren Mittelpunkt der beliebte Schauspieler Viggo Larsen steht. Argus X, wie das Kriminal-Schauspiel benannt ist, spielt Viggo Larsen mit hervorragender Meisterschaft und bietet einen interessanten Einblick in die Arbeit des Kriminalisten. „Schmutziges Geld" gelangt noch bis Montag zur Vorführung. Wer das große amerikanische Aufklärungs-Sittendrama noch nicht kennen gelernt hat, der hole das schleunigst nach.

Rensefeld. Es wird hierdurch hingewiesen auf die am Freitag stattfindende Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Schwartau-Rensefeld. Das Erscheinen der Genossen und Genossinnen ist dringend erforderlich, da die Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag nach Kiel vorgenommen werden muß.

Eutin. Landarbeiterstreik. Bürgerliche Blätter berichten: Im Fürstentum Lübeck ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen, der sich auf immer neue Ortschaften ausdehnt. Die Forderungen sind u. a.: Teurungszulage für Mann und Frau von je 400 Mark, Anerkennung der neu gebildeten Arbeiterausschüsse, kein Landwirt soll einen nicht organisierten Arbeiter in Dienst nehmen usw. So meldet der „Anz. f. d. Fürstent. Lübeck", der dann einen vollen Nachtopf über die Streikenden ausschüttet, jedoch kaum je ein Wort gegen den Wucher der Agrarier fand.

Hamburg. Organisiertes Räuberunwesen im Freihafen. Das unerhörte Umsichgreifen von Lebensmitteldiebstählen im Freihafen hat bereits zur Organisation von Diebesbanden geführt. In den Nachmittagsstunden der letzten Tage wurde beobachtet, daß die bis dahin die Zollgrenze einzeln passierenden Lebensmitteldiebe sich nunmehr, durch die scharfe Kontrolle an der Grenze gezwungen, zu Banden bis zu 5 bis 600 Mann zusammenrotten. Diese Elemente scheuen sich nicht, zur Maskierung ihres ehrlosen Handelns sich beim Durchbruch durch die Sperre mit Frauen und Kindern zu umgeben, in der Voraussetzung, daß die Sicherheitsmannschaften davor zurückschrecken, mit den Waffen gegen diese Unschuldigen vorzugehen. Die Kommandantur sieht sich daher gezwungen, gegen diese außergewöhnlichen Verhältnisse nunmehr auch mit außergewöhnlichen Mitteln vorzugehen. Sie wird eine Personensperre des gesamten Hafengebietes und örtliche Stacheldrahtsperren vornehmen. Die Sicherheitsmannschaften haben Anweisungen zum rücksichtslosen Waffengebrauch. Von den Diebesbanden werden richtige Stoßtrupps gebildet, denen Radfahrer vorausfahren, um aufzuklären, wo die Freihafengrenze am leichtesten zu durchbrechen sei. Bewaffnet sind jene Elemente mit Sackhaken oder ähnlichen Schlagwerkzeugen.

Hamburg. Verhaftung des Raubmörders Paul Heine. Seit dem 12. Juni wird der mutmaßliche Mörder des Kaufmannes Otto Schulz in Hadersleben, der Raubmörder Paul Heine, steckbrieflich verfolgt. Heine war nach begangener Tat nach Hamburg geflüchtet. Zwei Gastwirtssöhne aus Hadersleben, bei denen Heine gewohnt hat, erkannten das am Tatorte vorgefundene blutige Messer als das des Heine wieder. Am Mittwoch weilten die beiden Gastwirtssöhne geschäftlich in Hamburg. Auf St. Pauli sahen sie zufällig den Heine, als er in einem Lokale an der Reeperbahn verschwand. Sie benachrichtigten die Wache 13, die Beamte mitschickte und den mutmaßlichen Raubmörder verhafteten. Im Besitz des Heine wurde ein starkversilbertes Zigarettenetui vorgefunden, das die Gastwirtssöhne als dem ermordeten Kaufmann Schulz gehörend erkannten. H. bestreitet entschieden die Tat. In Hamburg hat Heine während seines kurzen Aufenthaltes einen Heizer Schnock um 3000 Mark betrogen, indem er sich von diesem das Geld geben ließ, um dafür Zeugstoffe zu besorgen; er hat die Stoffe jedoch niemals besorgt.

Hamburg. Neue schwere Ausschreitungen von Lebensmittelräubern ereigneten sich am Mittwoch nachmittag vor und in dem Zollgebäude von St. Annen. Es waren in der Zollstation die verschiedenen Passanten in den letzten Tagen abgenommenen Lebensmittel, die durch den Zoll geschmuggelt werden sollten, untergebracht worden. Bei den Personen handelt es sich nicht eigentlich um Hafenarbeiter, sondern um Leute, die sich hatten zur Arbeit auf den amerikanischen Lebensmittelschiffen anwerben lassen, um dort stehlen und plündern zu können. Am Mittwoch nachmittag rotteten sich nun eine Anzahl der Leute, denen die Lebensmittel von den Zollbeamten abgenommen waren, zusammen und stürmten das Zollgebäude, dessen Besatzung machtlos war. Die blinden Schüsse der Sicherheitsmannschaften fanden überhaupt keine Beachtung und auch um die Warnungsschüsse aus einem Maschinengewehr kümmerten die Plünderer sich nicht, sondern sie schafften ihre Lebensmittelvorräte, die sie sich aus dem Zollgebäude wiedergeholt hatten, davon. — Selbstmord eines Juwelenräubers. Am Donnerstag morgen betrat ein unbekannter Soldat den eben von der Verkäuferin eröffneten Juwelierladen von Rothaug am Großen Burstah. Die Verkäuferin sah, wie der unbekannte Uniformierte einen Karton auf den Ladentisch setzte und dem Mädchen Guten Morgen wünschte. Im nächsten Augenblick erhielt das Mädchen einen Schlag mit einem Schlagring gegen den Kopf, so daß es taumelte. Da dem Unbekannten der Schlagring entfiel, fiel er über das Mädchen her und würgte es am Halse. Trotzdem gelang es der Verkäuferin, Hilferufe auszustoßen, die von Passanten gehört wurden. Der Räuber ergriff nun die Flucht. Passanten hefteten sich ihm an den Fersen. Namentlich einer der Verfolger war dem Fliehenden sehr nahegekommen. Am Alterwall, nahe der Deutschen Bank, sah der Flüchtling, daß ein Entrinnen unmöglich war. Er lief in einen Hof, zog eine Armeepistole und schoß sich eine Kugel über dem rechten Auge in den Kopf. Das Geschoß drang auf der anderen Seite wieder heraus und führte den sofortigen Tod des Mannes herbei.

Bremen. Der Bremer Hochverratsprozeß. In dem Hochverratsprozeß Lieby und Genossen beantragte der Anklagevertreter gestern gegen Lieby und den Angeklagten Obadowsky je zehn Jahre, gegen die anderen vier Angeklagten je sieben Jahre Zuchthaus.

Neueste Nachrichten.

Zum Friedensvertrag.

Weimar, 20. Juni. Gestern fand eine Sitzung der Friedensdelegierten mit den Vertretern der Einzelstaaten statt, in der die Mitglieder der Delegation und Reichsminister Graf Brockdorff-Rantzau und Giesberts den Vertrag ablehnten. Ihnen schloß sich der preußische Ministerpräsident Hirsch als Vertreter der preußischen Regierung an. Im übrigen ist man der Auffassung, daß infolge unserer jetzigen Zwangslage kein anderer Weg als die Unterzeichnung des Vertrages übrig bleibe.

Die wirtschaftlichen Sachverständigen sprechen sich gegen die Unterzeichnung aus. Sie sind einstimmig der Ueberzeugung, daß die Bedingungen unerfüllbar sind und den völligen wirtschaftlichen Ruin Deutschlands herbeiführen müssen.

Nach dem „B. T." werden die Mehrheitssozialisten den dringenden Wunsch an die Entente richten, daß auf eine Auslieferung deutscher Staatsangehöriger verzichtet wird.

Die sozialdemokratischen Kreisausschüsse von Thorn, Deutsch-Krone, Neustadt, Karthaus, Elbing und vieler anderer westpreußischer Orte haben sich für das Selbstbestimmungsrecht und für das Verbleiben beim Reich ausgesprochen. Sie erklären die freiwillige Verteidigung der Volksrechte gegen etwaige polnische Angriffe für Ehrenpflicht.

Nach den bisherigen Informationen dürften für die Unterzeichnung des Friedensvertrages stimmen 20 Nationale, 90 Mehrheitssozialisten, 50 Zentrumsmitglieder und einige Demokraten, insgesamt 170. Gegen die Annahme werden sich vermutlich erklären bei den Rechtsparteien etwa 60 Mitglieder, ferner 60 Demokraten, 40 Mehrheitssozialisten und 20 Zentrumsmitglieder, zusammen 180. Bei den Mehrheitssozialisten sind Bestrebungen im Gange, bei der Abstimmung im Plenum den Fraktionszwang einzuführen. Hierdurch würde erreicht, daß sich die mehrheitssozialistische Partei geschlossen für die Annahme des Friedensvertrages aussprechen wird.

Die Danziger Arbeiterschaft gegen einen bewaffneten Widerstand.

Danzig, 20. Juni. Vorgestern und gestern abend fanden große Versammlungen der Betriebsarbeiterräte und Angestelltenausschüsse statt, die nach langen, erregten Erörterungen folgenden Beschluß faßten: Die Betriebsarbeiterräte beschließen im Verein mit dem Vollzugsausschuß, ein event. bewaffnetes Vorgehen der Militärkaste gegen irgend einen feindlichen Einmarsch in Westpreußen mit dem allgemeinen Generalstreik zu beantworten. Der Vertreter der Mehrheitssozialisten erklärte zu diesem einstimmigen Beschlusse, daß auch die Mehrheitssozialisten auf dem gleichen Standpunkt stehen; auch ein Vertreter der Eisenbahner erklärte das volle Einverständnis der Eisenbahner zu diesem Beschlusse.

Die Provinz Posen im Ausnahmezustand.

Oppeln, 20. Juni. In der Provinz Posen ist zum Schutze der rückwärtigen Verbindungen der Truppen der Belagerungszustand in einer 20-Kilometer-Zone längst der Front und der Ausnahmezustand über die ganze Provinz verhängt worden.

Die Bereitschaft der Entente.

Köln, 20. Juni. Seit heute morgen marschieren in ununterbrochenem, wohlgeordnetem Zuge englische Truppen aller Waffengattungen über den Rhein.

Am ganzen Rhein entlang werden Brücken über den Fluß geschlagen. Im Elsaß sind mindestens dreiviertel Million Mann Ententetruppen zum Vormarsch bereit.

Repressalien der russischen Sowjetregierung für die Inhafthaltung Radeks.

Versailles, 20. Juni. Ein Budapester Telegramm der „Humanite" meldet, daß der russische Volkskommissar des Aeußern, Tschitscherin, an Bela Kun einen Funkspruch gerichtet hat des Inhalts, daß er ihn bitte, Radek wissen zu lassen, daß die Regierung der ukrainischen Sowjets ihn zum Bevollmächtigten Vertreter in Berlin ernannt habe und daß als Repressalie für seine ungesetzmäßige Verhaftung durch die deutsche Regierung der deutsche Konsul in Odessa und mehrere andere deutsche Staatsangehörige gleichfalls in Haft genommen worden sind.

Keine Rückkehr der französischen Truppen aus Rußland.

Paris, 20. Juni. Nach einer Reutermeldung hat die Kammer am Schluß der Debatte über die russische Politik eine Resolution Cachins, welche die Zurückberufung der Truppen verlangte, mit 365 gegen 140 Stimmen verworfen, worauf eine Vertrauensresolution für die Regierung mit 349 gegen 137 Stimmen angenommen wurde.

Rücktritt des italienischen Kabinetts.

Rom, 20. Juni. In der gestrigen Kammersitzung beantragte Orlando eine Geheimsitzung, um Mitteilungen über die auswärtige Politik zu machen. Er stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer verwarf den Antrag Orlandos mit 259 gegen 70 Stimmen. Infolge dieser Niederlage der Regierung ist das italienische Kabinett zurückgetreten.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Sechs Sätze zum Friedensschluß.

1. Der uns zugemutete Friede ist kein Rechtsfriede, sondern ein Gewaltfriede.

2. Falls das deutsche Volk die Kraft noch in sich hat, welche die Feinde ihm zutrauen, die sie sogar fürchten, wird es wieder emporkommen, auch wenn der Gewaltfriede geschlossen wird.

3. Falls das deutsche Volk diese Kraft nicht mehr in sich hat, wird es, wenn der Gewaltfriede geschlossen wird, zugrunde gehen, es wird in diesem Falle aber auch bald zerdrückt werden, wenn die Abschließung des Gewaltfriedens abgelehnt wird.

4. Die Frage, ob dem deutschen Volke diese Kraft noch innewohnt, kann nicht nach Meinungen erledigt werden, sie wird erst vor der Geschichte der nächsten Jahrzehnte beantwortet werden.

5. Demnach haben die Führer des deutschen Volkes über den Friedensschluß nicht nach Redensarten und Schlagworten zu entscheiden, sondern nach höheren Erwägungen, zumal nach ihrem Urteil über die in der Welt wirkenden Kräfte, für das sie bessere Grundlagen haben, als jeder andere. Daß diese Grundlagen selbstverständlich nicht vollkommen, daß sie mindestens zum Teil unsicher sind, ändert hieran nichts.

6. Sollten die Führer des deutschen Volkes die ihnen obliegende Pflicht zur Entscheidung dadurch von sich abwälzen, daß sie das weniger, als sie selbst, unterrichtete Volk über den Frieden abstimmen ließen, so würden sie sich dadurch ein vollgültiges Zeugnis für ihre eigene Unfähigkeit ausstellen.

Lübeck, 20. Juni 1919. Dr. Leverkühn.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Wir sind Ihrer Zustimmung gewiß

wenn wir behaupten, daß **Knaben-Sommerkleidung** aus solidem, waschbarem Zellstoff vermöge der fabelhaften Billigkeit, ein minimaler Bruchteil des Preises für Leinenanzüge, sowie der geschmackvollen Ausführung, bei der heutigen Warenknappheit ein nicht zu unterschätzender Artikel ist.

Eine Fülle dieses spottbilligen Artikels

wie Anzüge, einzelne Blusen und Hosen in vielen Größen, Macharten und Mustern bringen wir ab heute im Lichthof unseres großen Hauses zum Verkauf.

Rudolph **Karstadt** Kom.-Ges.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.
Ortsgruppe Moisling.

Versammlung
am Sonnabend, dem 21. Juni
abends 8 Uhr
im Kaffeehaus.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Lehrer Schermer: „Das Leben im Dorfteich".
2. Innere Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen bittet
3766) Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein Schwartau-Rensefeld.

Mitglieder-Versammlg.
heute
am Freitag, dem 20. d. Mts.
abends 7½ Uhr
im Lokale des Herrn W. Hilprecht, „Gasthof Transvaal".

Das Erscheinen der Genossen und Genossinnen ist dringend notwendig.
3732) Der Vorstand.

Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Außerordentliche
Mitglieder-Versammlg.
am Sonntag, dem 22. Juni
vormittags 9 Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.

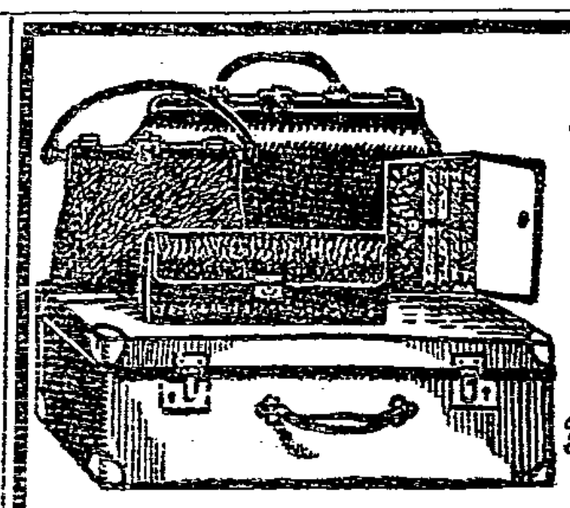
Tagesordnung:
1. Zeitlohn, Akkordlohn und Arbeitsleistung.
Referent: Kollege J. Bewarder-Lübeck.
2. Freie Aussprache.

Zu dieser überaus wichtigen Versammlung ist das Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen dringend notwendig.
3764) Die Ortsverwaltung.

Verein der Musikfreunde in Lübeck.

Ordentliche
General-Versammlung
am Freitag, dem 27. Juni
nachmittags 6 Uhr
im Hause der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Genehmigung der Jahresrechnung und Entlastung des
3. Vorstandes.
4. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern.
5. Wahl von Revisoren.
Aenderung der Par. 3 und 8 der Satzungen.
3765) Der Vorstand.



Die feinsten **Lederwaren** und **Reiseartikel** kauft man am billigsten in der **Lederwaren-Fabrik F. Fränkel, Lübeck** Breite Straße 54. Fernspr. 1207.

Ab 1. Juli Breite Straße 28, Haus Dreifalt. (3780

Besonders preiswert!

Berufskleidung
bwl. Kleider- u. Schürzenstoffe
Hemdentuche und Piques
Anzug- und Kostümstoffe blau und farbig
in reiner Wolle. 3796

Heinrich Beuck
Ecke Brockes- und Warendorpstraße.

Extra starke Hand-
Blockwagen
3—8 Zentner Tragkraft.
Karl Schulmerich
3781) Mühlenstr. 28.

Dachpappe, Steinkohlenteer Holzteer, Carbolineum 3788
empfiehlt Wilhelm Hohenschild, Markt-Drogerie, Marktstr. 42 c.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Haltbare
Hosenträger
weiche Kragen
zum Selbstwaschen
Krawatten
Papier-Wäsche
Aug. Janensch
3782 Sandstraße 6.

J. H. Pein
Am Markt 12.
Breite Straße 64. 3779

Beste Bezugsquelle für erstklassige :: Manufakturwaren ::
Spezialhaus für Betten
Bettfedern u. Daunen
Herren- und Knaben-Garderob. Arbeiter- und Berufs-Kleidung.

Hausfrauenverein.

Mitglieder-Versammlg.
am Mittwoch, dem 25. Juni
nachmittags 5 Uhr
im Bildersaal
der Gemeinnützigen Gesellschaft

Tagesordnung:
1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Allgemeine Mitteilungen.
3. Stellungnahme zur Hausangestelltenfrage.
4. Vorführung des Kochapparats „Brenn-Hexe". (3802

Roter Löwe
Am Sonnabend, den 21. Juni 1919:
Familien-Ball.
Eintritts- und Balkarten für Familien 3 Mk., für Herren 1.50 Mk., Damen 75 Pfg.
Anfang 7 Uhr. (3799
Hierzu ladet freundlichst ein C. Mikr.

Gesellschaftshaus Fackenburg.
Sonntag, den 22. Juni: 3798
Große Tanzmusik.
Hierzu ladet ein Franz Krüger.

Konzerthaus Flora
Sonnabend, den 21. Juni:
Tanzkränzchen.
Anfang 6½ Uhr. (3787) Max Siems.

Ostseebad Travemünde.
Sonnabend, den 21. Juni 1919,
abends 8½ Uhr:
Erste grosse Tanzveranstaltung
in den Räumen des Städtischen Kursaales.
Die Kurverwaltung. 3806

Athleten-Klub Atlas v. 1896
Großer Ball
mit Ringkampf 3767
am Sonnabend, dem 21. Juni, im Gewerkschaftshaus.
Eintritt Herren 1.50, Damen 1.00. Anfang 5½ Uhr. Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Bezirksverein Lübeck.

Einladung zum Sommerfest
am Sonntag, dem 22. Juni 1919, in der Riesebuschhalle zu Schwartau,
bestehend in Preisschießen für Herren, sowie Damen- u. Kinder-Vergnügen

Abmarsch 1½ Uhr nachm. mit Musik alter Bahndamm nach Schwartau. Nach Ankunft dortselbst Festrede, gehalten vom Kollegen **Denker**, und Darbietungen des **Chorvereins Schwartau.**

Nach Schluß des Festes stehen genügend Sonderwagen der Straßenbahnlinie 12 zur Verfügung.

Herrenkarte 2.00 Mk. Damenkarte 50 Pfg.

Das Komitee. 3768

NB. Die Schwartauer Kollegen marschieren geschlossen mit Musik zum Empfang der Lübecker Kollegen ¾2 Uhr von Sülkes Gasthof, Rensefeld, ab. 3768

Neues Lichtspiel-Theater
Breitestr. 13 Vom 20.—23. Juni: Tel. 8698

Nur Erstaufführungen! **Argus X.** Nur Erstaufführungen!
Detektiv-Schauspiel v. Hans Hyan. In der Hauptrolle: **Viggo Larsen.**

Schmutziges Geld.
Großes amerikanisches Aufklärungs-Sitten-Drama auf dem Gebiete des Mädchenhandels. 3794

Schmutziges Geld,
dessen Vorführung bisher verboten war, ist eine eindringliche Warnung vor den weißen Sklavenhändlern, den jungen Mädchen die Gefahren vorzuführen, denen sie im praktischen Leben ausgesetzt sind und sie vor unüberlegten Schritten zu warnen.

Der hochinteressante Inhalt schildert die amerikanischen Sitten, die Schlupfwinkel der Mädchenhändler, wie sie vorhanden sind und in dankenswerter Weise von den überseeischen Behörden schonungslos ausgerottet werden. 3674

Dieser Film ist, was Regie und Darstellerkunst betrifft,
ein Meisterwerk
und wird von New-Yorker Künstlern lebenswahr dargestellt. Als Hauptdarstellerin fungiert die bekannte amerikanische Filmdiva
Ethel Grandin.
Ort der Handlung: New-York. Zeit: Gegenwart.
Ab 4 bis 10 Uhr: Vorzügliches Theater-Orchester.
Zu jedem Film erstklassige sinnentsprechende Musik.

Einsegel.
Jeden Freitag Anfang 7 Uhr
Jeden Sonntag Anfang 5 Uhr
Gr. Tanzkränzchen
wozu freundlichst einladet
3784) C. Köpcke.

HANSA THEATER
Freitag: Prinz u. Bettlerin.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Höchstleistung spannender Sensation!
Prinz und Bettlerin
Militärausstattungsstück von S. V. Lutz (8778
(Verf. von Krone u. Fessel).
Sonntag: Prinz u. Bettlerin.

Stadthallen-Theater
Lübeck. 3793
Freitag, den 20. Juni,
Abends 7½ Uhr:
Die Heirat.
Eine ganz unglaubliche Begebenheit in 3 Bildern von Nikolay Gogol.
Deutsch von Scholz.
Sonnabend, den 21. Juni:
Zum ersten Male!
Nanon
Die Wirtin zum goldenen Lamm.
Sonntag, den 22. Juni,
nachmittags 4 Uhr:
Großes Konzert
Orchester des Vereins der Musikfreunde Lübeck.
Abends 8 Uhr:
Nanon.
Montag, den 23. Juni,
Abends 8 Uhr
im Stadthallengarten:
Volkstümliches Konzert.

Stadthallen-Theater
Lübeck.

Vielfachen Wünschen zufolge finden die volkstümlichen Konzerte am Montag jeweils im Stadthallengarten statt. Bei ungünstiger Witterung werden dieselben in den Saal verlegt.

Beilage zu Nr. 141.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Freitag, den 20. Juni 1919

Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

1. Verhandlungstag, den 15. Juni 1919.

Im Anschluß an den Parteitag wurde in Weimar eine Konferenz von den sozialdemokratischen Frauen Deutschlands abgehalten, an der die weiblichen Parteitagsdelegierten, die Frauen in der Nationalversammlung und besonders gewählte Vertreterinnen teilnahmen. Genossin Marie Juchacz eröffnete die Konferenz mit einer Rede, in der sie auf die volle politische Gleichberechtigung hinwies, welche die deutschen Frauen errungen haben. Sie begrüßte dann insbesondere die Genossin Ottilie Baader und gedachte ehrend der großen Verdienste, die sie sich um die deutsche Frauenbewegung erworben hatte. Genossin Baader wurde zur Ehrenvorsitzende der Konferenz gewählt, die Genossinnen Juchacz und Byneck zu Vorsitzenden ernannt.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Aufgaben der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Die Genossin Juchacz hielt ein längeres Referat, in dem sie auf das zahlenmäßige Wachstum der Parteimitglieder verwies. Der Krieg hat den Frauen die Augen geöffnet, aber zum großen Teile sind sie politisch noch völlig ungeschult, sodaß auch das bescheidenste Bedürfnis nach geübten Rednerinnen nicht befriedigt werden konnte. Kurz vor der Revolution setzte verstärkt der Kampf um das politische Stimmrecht ein, der Seite an Seite mit den bürgerlichen Frauen vereint geführt wurde. Heute haben wir das nicht mehr nötig und freuen uns dessen; denn das Zusammengehen mit den bürgerlichen Frauen gehörte nicht gerade zu den Annehmlichkeiten. Vergebens aber war diese Arbeit nicht. Das gilt auch von unserer Tätigkeit auf sozialem Gebiete. Es ist durchaus möglich, daß wir auch in Zukunft wieder einmal mit der bürgerlichen Frauenbewegung werden zusammenarbeiten müssen. Frau Juchacz schilderte nun in großen Umrissen die Maßnahmen, die getroffen werden müssen, um die sozialdemokratische Frauenbewegung zu stärken: Anstellung von Sekretärinnen, Einrichtung von Rednerkursen, geeignetes Agitationsmaterial, besondere Frauenversammlungen, Frauenabende und Frauenleseabende, Wohlfahrtspflege und anderes mehr. Die Revolution hat die Frauen hineingeführt in den Parlamentarismus und der Frauenbewegung damit wertvolle Kräfte entzogen. Umsonotwendiger ist die Mitarbeit aller Genossinnen im Lande, die nun die Aufgabe haben, die parlamentarische Arbeit durch Anregung und Anträge zu befruchten. Die Reichswochenhilfe muß schleunigst kommen, ebenso die Heraufsetzung der Strafmündigkeit auf das 14. Lebensjahr, ein verstärkter Jugendschutz und eine soziale Ausgestaltung der ganzen Jugendgesetzgebung. Auch für die Frauen wäre die politische Demokratie allein nicht ausreichend. Die wirtschaftliche Demokratie, der Sozialismus muß hinzukommen. Das eine Ziel ist erreicht. Das andere Ziel muß in zäher Arbeit erkämpft werden. (Beifall.)

Genossin Böhm-Schuch ergänzte als zweite Rednerin diese Ausführungen durch Mitteilung ihrer Erfahrungen als Redakteurin der „Gleichheit". Sie forderte, daß alle sozialdemokratischen Blätter der Frauenbewegung einen Teil ihres Platzes einräumen müßten, damit die Frauen sehen, daß die Zeitung ihnen auch etwas bringt. Auch die Erziehungsfragen und andere Gebiete, die für die Frauen von besonderem Interesse sind, müssen von der Presse ausführlicher behandelt werden.

Am Montag gehen die Verhandlungen weiter.

16. Juni 1919.

Am zweiten Verhandlungstage ergänzte Genossin Böhm-Schuch ihre Rede vom Sonntag durch einige Mitteilungen über die geplanten Erweiterungen der „Gleichheit". Die „Gleichheit" soll in Zukunft wöchentlich erscheinen und wird vom 1. Juli ab eine Beilage: „Die Frau und ihr Haus" erhalten. Diese Beilage soll ein Ratgeber für die Frauen sein und praktische Anleitungen für die Selbstherstellung bringen. Sie wird von den bisherigen Mode-Zeitungen erheblich abweichen und daher vielleicht nicht vollen Anklang finden. Die arbeitende Frau soll in der Lage sein, sich und ihre Kinder billig und schön zu kleiden. Ferner wird die Beilage Mitteilungen für die Erleichterung der Haushaltsführung enthalten. Dafür muß der Abonnementspreis auf 1,20 Mark für den Monat erhöht werden. Die Frauen aber, die früher neben der „Gleichheit" noch eine Modenzeitung gehalten haben, werden sich künftig besser stehen als jetzt. Das Zwangsabonnement freilich wird nicht mehr möglich sein, denn einem Blatt, das man umsonst erhält, wendet man nicht die Aufmerksamkeit zu, als wenn man es selbst bezahlt. Zur Wirtschaftspolitik bemerkt die Rednerin, der Schleichhandel nimmt immer mehr zu, und die Landleute üben vielfach passive Resistenz. Die Arbeiterfamilien liegen tagelang auf der Bahn, um wenige Kartoffeln heranzuschaffen. Hier hilft nur Beschlagnahme oder Enteignung. Die Hauptschuld an dem Ernährungselend trägt die Entente. Das darf niemals vergessen werden. Ohne die Blockade hätten wir nicht diesen Mangel. Daran müssen wir denken, wenn wir uns die Frage vorlegen, können wir einen solchen Frieden annehmen. Wir dürfen die Frage nicht so stellen, daß durch eine Nichtunterzeichnung die geringen Einfuhren an Mehl und Fett ein Ende nehmen müßten. Wir müssen vielmehr daran denken, daß solche Friedensbedingungen den Keim zu neuen Kriegen in sich tragen. (Lebh. Zust.) Die Frage muß lauten: Wollen wir etwas mehr Fett oder einen neuen Krieg? Die Antwort darauf kann nicht schwer sein. Müssen wir schon zugrunde gehen, dann wollen wir uns die Schlinge nicht selber um den Hals legen, sondern dann mag uns der Feind vor den Augen der ganzen Welt niederschlagen. In dieser Woche entscheidet sich unser Geschick. Wir wollen nicht verzagen, sondern den Kampf unentwegt weiterführen, und der Sozialismus wird den Sieg davontragen.

Genossin Kähler: Die Parteispaltung hat auch in der Frauenagitation zu höchst unerwünschten Zuständen geführt. Die Frauen haben immer mehr auf dem linken Flügel der Partei gestanden, und deshalb folgen sie auch heute lieber den Unabhängigen als uns. Wir müssen mit aller Kraft auf die Ausfüllung der Lücken hinstreben. Die „Gleichheit" muß wieder die frühere Leserinnenzahl erreichen.

Genossin Hiller-Stuttgart: Wir in Süddeutschland stehen es nicht, daß die Referate nur Berliner Genossinnen tragen worden sind. Warum übergeht man uns ganz? Will man etwa die süddeutschen Genossinnen brüskieren? (Unruhe.) Darunter muß die Arbeitsfreudigkeit leiden. Hätten wir früher unter den Frauen besser agitiert, wir wären durch die Verleihung des Wahlrechts nicht so überrascht worden. Nur dieser unleugbaren Ueberraschung ist der Verlust so vieler Mandate zuzuschreiben. Jetzt muß das anders werden. Eindringliche Aufklärung der Frauen muß unsere vornehmste Aufgabe sein.

Helene Grünberg: Die Frauenagitation muß auf eine ganz neue Grundlage gestellt werden. Bisher gingen wir zur Erreichung des Wahlrechts mit den bürgerlichen Frauen zusammen. Das ist nun nicht mehr nötig. Es stimmt übrigens nicht, daß uns das Wahlrecht sozusagen in den Schoß gefallen ist. Unser harter Kampf darum darf nicht vergessen werden. Eine ganz gleichmäßige Besetzung der Aemter mit Frauen ist noch nicht möglich, denn entscheidend soll immer die Eignung, nicht aber das Geschlecht sein. Die frühere Bezugsziffer der „Gleichheit" muß wieder erreicht werden.

Genossin Röhl: Die Politik muß mit weitblickenden Persönlichkeiten durchsetzt werden. An solchen Persönlichkeiten fehlt es uns. Die bürgerliche Frauenbewegung ist uns weit voraus. Wir müssen auch an die Aufgaben denken, die uns nach Durchführung des Rätegedankens in der Form Sinzheimer erwarten werden. Darüber muß uns die „Gleichheit" ganz besonders eingehend unterrichten.

Genossin Plume-Essen: Die sozialen Einrichtungen, die infolge des Krieges eingeschlafen sind, müssen baldmöglichst wieder auferstehen, so die Bildungsabende und die Ferienausflüge unserer Kinder.

Genossin Pfülf-Fürth (Bayern): Das größte Hemmnis unseres Wirkens ist nicht die mangelnde Anerkennung der Frauen durch die Genossen, sondern die mangelnde Anerkennung der Genossinnen untereinander. Die Frauen müssen den Grad von Selbstbewußtsein bekommen, der für die Menschenwürde notwendig ist. Wir müssen die Menschenwürde in uns selbst pflegen, damit wir uns gegenseitig anerkennen und die Arbeit uns gegenseitig erleichtern. Wir freuen uns, daß wieder eine Frau die Leitung der „Gleichheit" übernommen hat.

Genossin Bloß-Stuttgart: In die Kultusministerien müssen vielmehr Frauen hinein. Wir verlangen ein Reichsjugendministerium, daß die gesamten Fragen der Kindererziehung zu behandeln hat. Frauenhochschulen müssen die Lücken ergänzen, die die Volksschule läßt. Die Tageszeitungen müssen viel mehr Raum für Frauenfragen haben. Man hat die Ueberhebung erwähnt. Je mehr der Mensch gelernt hat, desto bescheidener wird er. Die geistige Not ist oft unendlich viel größer als die materielle. Wir brauchen alle Kräfte. Lilli Braun hat sich einst zurückgezogen, weil sie immer gegen das Vorurteil kämpfen mußte, das gegen die Generalstochter und gegen die Frau mit einem anderen Bildungsgrad bestand. So etwas darf nicht wieder vorkommen. (Zustimmung.)

Genossin Ansorge: Im politischen und gewerkschaftlichen Leben wird die Frau zurückgedrängt. Wie früher in den Fabriken, so wird heute im öffentlichen Leben die Frau als die Konkurrentin des Mannes betrachtet. Wir müssen aber versuchen, uns überall durchzusetzen. Ungeheure Aufgaben stehen uns bevor.

In der weiteren Aussprache wird wiederholt auf die Notwendigkeit verwiesen, die segensreichen Einrichtungen der Ferienausflüge fortzuführen und auszubilden, den Schleichhandel mit allen Mitteln zu bekämpfen und den Kampf gegen das Zentrum in verstärktem Maße zu führen. In ihrem Schlußwort hebt Genossin Böhm-Schuch die Wichtigkeit, aber auch die Schwierigkeit einer verstärkten Werbetätigkeit unter den Landarbeiterinnen hervor und macht Vorschläge zu deren zweckmäßigster Durchführung.

Genossin Juchacz wehrt sich gegen die Angriffe der Genossin Hiller und rechtfertigt die Aufstellung der Tagesordnung und die Auswahl der Rednerinnen mit rein sachlichen Gesichtspunkten. Den Kampf mit den Unabhängigen dürfen gerade die Frauen nicht aus dem Wege gehen und müssen ihn mutig aufnehmen. Der starke Zustrom von Frauen aus der sogenannten Intelligenz ist zu begrüßen, denn er führt der Bewegung wertvolle Kräfte zu. Aber die neuen Anhängerinnen dürfen nun sich nicht als geistige Wohltäter fühlen, wodurch die Arbeiterin leicht verletzt wird, sodaß eine Spannung eintritt, die das Zusammenarbeiten erschwert. Alle sind uns willkommen, die sich uns anschließen, aber niemand darf sich erhaben fühlen, wir müssen uns gegenseitig verstehen lernen und ohne jeden Vorbehalt allein der Sache dienen. (Beifall.)

In der Nachmittagssitzung, die von der Genossin Juchacz geleitet wurde, erschien Genosse Wels, um die Frauenkonferenz im Namen des Parteivorstandes zu begrüßen. Er erklärte die Abwesenheit der anderen Mitglieder des Parteivorstandes mit ihrer politischen Tätigkeit. Es sei bekannt, daß gerade der Parteivorstand der Frauenbewegung, die ja auf die Aufklärung der großen Hälfte der Bevölkerung gerichtet sei, stets besondere Aufmerksamkeit gewidmet habe. Die erste Tat der Sozialdemokratie bei Erlangung der Regierungsgewalt sei die Einführung des Frauenstimmrechtes gewesen. Diese revolutionäre Tat habe den Parteigenossen häufig genug den Vorwurf eingetragen, sie hätten durch die Einführung des Frauenstimmrechtes die Reaktion gestärkt. Die Richtigkeit dieser Tatsache führte Wels weiter aus, ist nicht zu bezweifeln. Die großen Wahlerfolge des Zentrums und der deutsch-nationalen Volkspartei sind gewiß in erster Linie auf das Frauenwahlrecht zurückzuführen. Dennoch stehe ich nicht an, die Einführung des Frauenwahlrechtes, die am meisten von den Spartakisten mit skeptischen Augen angesehen würde, als revolutionäre Tat zu erklären. Zugegeben, daß sie zunächst reaktionär gewirkt hat, mit dem Frauenstimmrecht ist den Frauen aber dennoch eine revolutionäre Waffe in die Hand gegeben, die bei richtiger zeitig ausgeführter Aufklärungsarbeit im Dienste der Revolution wirksam werden wird. Genosse Wels ging dann auf die Friedensfrage ein. Noch lastet sie wie ein Alp auf den Seelen der Frauen, weil die vier Männer, denen das Geschick der Welt in die Hände gegeben sei, unter unerhörter Anwendung der Geheimdiplomatie in einer Weise mit den Völkern umspringen, wie sie in der Geschichte noch nie erlebt worden sei. Noch wissen wir nicht, ob der Druck dieser Furcht jetzt von uns genommen wird; aber wir wollen hoffen und können hoffen, weil unsere Regierung in dem Willen, uns erträgliche Friedensbedingungen zu verschaffen, festbleiben wird. Werden unsere Hoffnungen getäuscht, dann müssen die Frauen hinter den politischen Führern stehen, denn es handelt sich in erster Linie ja darum, der heranwachsenden Generation ein besseres Leben zu sichern. (Lebhafter Beifall.)

Dann erhielt Genossin Hanna das Wort zu ihrem Referat „Frauenarbeit und Frauenschutz". Noch mehr als der Frauenarbeit während des Krieges, muß der Lage der erwerbstätigen Frauen nach dem Kriege die ganze Aufmerksamkeit der politisch tätigen Frauen zugewandt werden. Die Hauptfrage heißt jetzt: Wie sichern wir den Frauen ihren Arbeitsplatz, auf den sie Anspruch haben? Wie viele Frauen während des Krieges beschäftigt worden sind, werden wir niemals feststellen können. Mit allen Mitteln sind die Frauen in das Erwerbsleben hineingeschoben worden. Dabei schreckte man sogar vor brutalem Zwange nicht zurück. Man entzog den Kriegerfrauen ihre Unterstützung, wenn sie keine Beschäftigung nachweisen konnten. Mit allen möglichen Mitteln preßte man selbst die Kreise der bessergestellten Frauen, die auf Beschäftigung nicht angewiesen waren, zur Arbeit. So nötig brauchte man die Frauenarbeit, um die Kriegsarbeit zu leisten. Mit Beendigung des Krieges, ganz gleich wie er auslaufen würde, mußte eine Stockung im Erwerbsleben eintreten. Davon ist selbstverständlich in erster Linie die Frau getroffen. Dieser Tatsache ist man leider in Arbeiter- und Arbeiterinnenkreisen nicht frühzeitig genug mit vollem Verständnis entgegengetreten. Ja, man hat sogar geglaubt, nach dem Kriege setze eine solche Neubelebung des Erwerbslebens ein, daß man die bereits beschäftigten Frauen auch noch neben den Heimkehrenden

---

Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus
von Fr. Ritzel-Mainz.

30. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

In den Rahmen dieser dürftigen Häuslichkeit paßte so recht das alte Mütterchen, das an einem der Fensterchen saß und mit dem Stricken eines groben Wollstrumpfes beschäftigt war. Es war wohl ein Leben voll Mühe und Not, voll Sorge und Leid gewesen, welches die tiefen Linien in das alte Gesicht mit dem knopflochartigen Mund und dem spitzen Kinn gegraben hatte. Da war aber auch kein Zug darinnen, welcher der Vermutung hätte Raum lassen können, daß auch dieses Geschöpf sich zu gegebener Stunde seines Lebens freuen könne, in apathischer Gleichgültigkeit starrten diese tiefliegenden Augen auf die von der Gicht krummgezogenen Hände, welche in stets gleichem langsamem Tempo wie eine Maschine Masche an Masche reihten —, keine Miene zuckte in dem verhärmten Gesicht, so daß die ganze Gestalt fast den Eindruck eines strickenden Automaten hervorrief.

Die Botengred hatte allerdings auch in ihrem ganzen Leben noch keine Ursache gehabt, über die Wonnen des irdischen Daseins Freudenhymnen anzustimmen. Früh verwaist, war sie schon als Kind der Gemeinde zur Last gefallen und wurde als solches von jedem, wie sie selbst erzählte, „gestumpt und gestoße", bis sie eine Stelle als Magd annehmen konnte. Als solche heiratete sie in schon vorgerückten Jahren einen braven Taglöhner, der in dem der Familie Lamprecht gehörigen, damals noch in vollem Betriebe stehenden Basaltbruch beschäftigt war und beschenkte denselben nach zweijähriger Ehe mit einem kleinen Mädchen, der Lies. Die zwei Jahre ihrer Ehe bis zu der Geburt des Kindes waren wohl die glücklichsten in dem Dasein der Gred gewesen; die kleine von ihren Schwiegereltern ererbte Hütte barg während jenem Zeitraum zufriedene und lebensfrohe Menschen. Da brach das Unglück plötzlich herein. Ein Ausgleiten an der fast senkrecht abfallenden Wand des Steinbruches ließ den Peter, den jungen Mann der Gred, in die Tiefe stürzen, wobei er sich solche Verletzungen zuzog, daß wenige Tage später die verzweifelte Witwe an seinem offenen Grabe stand. Lange durfte sie sich nicht ihrem Schmerze hingeben, denn sie mußte vor allen Dingen erwägen, wie sie nach dem Tode des Ernährers ihr und ihres Kindes Leben fristen solle. Nun war vor einigen Wochen die alte Brigitte gestorben, welche die Botengänge für die Leute nach Idstein besorgt hatte; so übernahm die Gred deren Amt, nachdem sie mit einer freundlichen Nachbarin vereinbart hatte, daß diese während ihrer häufigen Abwesenheit vom Hause die kleine Lies betreue. Zwei Jahrzehnte lang war sie bei Hitze und Kälte, bei Sturm und Regen den dreistündigen Weg nach dem Amtsstädtchen allwöchentlich zwei- bis dreimal hin- und hergewandert, hatte mit dem kargen Botenlohn und dem Ertrag der Taglöhnerdienste, welche sie bei den Bauern verrichtete, ihr und ihres Kindes Leben notdürftig gefristet, bis sie von einem bösen Gast heimgesucht wurde, der sie zwang, sowohl die Botengänge, wie auch die Aushilfsstellen aufzugeben. Die Gicht hatte sich bei ihr eingestellt und war trotz aller Einreibungen von Regenwurmöl, Painexpeller, Wildmenschenfett und dergleichen, sowie trotz des Gebrauchs verschiedener Sympathiemittel, die der Botengred von einigen alten Frauen angeraten worden waren, nicht zu vertreiben gewesen.

Glücklicherweise hatte ihre herangewachsene Tochter, die Lies, auf dem Klostergute als Magd bei dem Jungvieh Stellung gefunden und unterstützte die Mutter redlich mit ihrem Lohn, so daß diese bei ihrer Bedürfnislosigkeit ihr Durchkommen mit Nähen und Stricken fand. Zu jeder Zeit sah man das alte vergrämte Gesicht an dem einen der kleinen Fensterchen sitzen, emsig über ihre Arbeit gebeugt und mitunter mit angstvollen Augen aufblickend, als befürchte die von dem Leben so hart mitgenommene alte Frau, daß neues Unglück über sie hereinbreche.

Und wirklich war auch das Schicksal so grausam gewesen, die einzige Lebensfreude, welche der Botengred noch geblieben war, den mütterlichen Stolz auf ihr braves Kind, die Lies, erbarmungslos zu zerstören. In unbegreiflicher Verblendung hatte das ganz hübsche Mädchen dem unheimlichen Gesellen, dem Knecht Balzer auf dem Klostergute, dem jeder im Dorfe gern aus dem Wege ging, ihr junges Herz geschenkt. Dort in der kleinen, rohgezimmerten, neben dem Bette stehenden Wiege lag das kleine Wesen, das dem Verhältnis der Lies mit dem Knechte entsprossen war, dessen Erscheinen der Lies ihre Stellung auf dem Klostergute kostete und der Botengred nochmals den schwersten Jammer bereitet hatte, wie ihn nur ein Mutterherz erdulden kann. Denn nicht nur war die Lies von dem sittenstrengen Gottfried Lamprecht entlassen worden — auch der Balzer verlor seine Stellung und vermochte nirgendwo andes im Dorfe unterzukommen, so daß an eine Heirat der beiden vorläufig nicht zu denken war. Aus Mitleid hatte die Schwester Gottfried Lamprechts, die God, die Lies seit einigen Tagen in Dienst genommen, so daß nicht noch auch die bittere Sorge und das tägliche Brot an die Türe der Botengred pochte.

Das kleine Kind in der Wiege regte sich jetzt und riß mit seinem krähenden Stimmchen die Botengred aus ihrem unerquicklichen Gedankengang. Mühsam erhob sich die alte Frau, schleppte unter Aechzen ihr schlotterndes Gebein quer durch die Stube nach der Wiege, nahm mit zitternden Händen die dem Kindchen entglittene Milchflasche aus den Kissen und steckte den Gummistopfen derselben wieder in das kleine Mäulchen. Sofort verstummte das Klagegeschrei, und seufzend hinkte die Alte wieder nach ihrem Stuhl. Als sie sich eben niedergelassen hatte, verdunkelte der Schatten einer vorübergehenden Frauengestalt für einen Augenblick das Fensterchen und ein freundliches „Gute Morje, Gred!" klang gedämpft von der Straße herein. Gleich darauf trat Dortchen Lamprecht in das Zimmer, nickte der alten Frau nochmals freundlich zu und eilte sofort nach der Wiege, um nach dem Kinde zu sehen. Als sie dasselbe ruhig fand, legte sie ein mitgebrachtes Paket, das wohl ein Geschenk an Lebensmitteln usw. enthielt, auf das Bett und wandte sich dann mit den freundlichen Worten an die alte Frau:

„No, Gred, arm Mutterche, hoft dus immer noch mit deim Reiße zu tun? Hoft du als recht Schmerze?"

„Des nimmt mir unser Herrgott in meine alte Dag nit mehr ab!" erwiderte die Botengred. „Besunners bei dem nebelige Wetter, do zwickts und zieht mers dorch alle Knoche, daß ich als emol laut „Autsch" kreische möcht! Wenn ich nur als noch krawele kann, dann bin ich schon zufriede!"

„Soll ich dir dann nit emol de Dokter schicke, Gred?" meinte Dortchen.

„Um Himmelswille kaan Dokter! Die quäle aam nur un helfe könne sie aam jo doch nit! Der Schäferhanjer hot mir e Fläschche voll Zeig gebe, for einzureibe. Stinke tuts jo, wie e Dos, aber ich hab als e klaa bißche Ruh druff! — Wo bleibt dann nur die Lies?" fuhr die Alte sodann, das Thema wechselnd, fort. „E is doch an der Zeit, daß sie käm un dem Kind zu trinke gäb!"

„Sie war grad dran, die Milch in de Keller zu trage, wie ich von dehaam fort bin und werd gleich do sein!" erklärte Dortchen. „Was hot dann die Lise nur heit? Die is jo so verschlage, als wär ihr Gott waaß was widder passiert! Hot dann der Balzer immer noch kaa Stell, oder hot sie Sorg, daß er sie sitze läßt?"

„Ich waaß nit, was schon widder los is!" antwortete die alte Frau seufzend.

„Mir is es aach so vorkomme gestern Owend, wie die Lies vom Staabruch haamkumme is, wo sie den Balzer uffgesucht hatt, als wär etwas nit in Ordnung! Gott moog wisse, was sie widder mit dem Kerl vorgehabt hot!"

In diesem Augenblick wurden hastige Schritte auf der Straße laut und gleich darauf trat die, von welcher sich die beiden eben unterhalten hatten, in die Stube. Die Lies war ein recht hübsches Mädchen mit strohblonden Haaren und einem blassen Kindergesicht, das gegenwärtig einen angstvoll verhärmten Ausdruck zeigte. Ohne ein Wort zu reden, ging sie nach der Wiege, nahm das wieder rege gewordene und wimmernde Kind heraus und setzte sich mit demselben auf das Ende der Fensterbank, um dem Sprößling die Mutterbrust zu bieten.

(Fortsetzung folgt.)

werde unterbringen können. Das genaue Gegenteil dieser Auffassung ist eingetreten. Die Frauen müssen den Männern weichen. Man kann sich der Forderung nicht verschließen, daß die Frauen den aus dem Kriege heimkehrenden Männern Platz machen müssen. Frauenentlassungen sind in gewaltiger Zahl erfolgt. Es ist die Frage aufgeworfen worden: Welches ist das kleinere Uebel? Die Arbeitslosigkeit der Frau oder die Arbeitslosigkeit des Mannes? Niemand wird die Frage gern beantworten. Aber bei einer Zusammenkunft von Berufsvereinigungen für weibliche Angestellte wurde von einem Vorstandsmitgliede des Verbandes für kaufmännische Angestellte die Erklärung abgegeben, daß im Augenblick, ausdrücklich nur im Augenblick, die Arbeitslosigkeit der Frau das kleinere Uebel sei. (Lebhaftes Hört, hört!) Diese Auffassung wurde bemerkenswerter Weise von der Leiterin einer Vereinigung vertreten, die nur weibliche Interessen wahrzunehmen hat. Der Wiedereintritt normaler Verhältnisse wird die Lage auf dem Arbeitsmarkte auch für die Frauen bessern. Es ist aber auffallend, daß viele Frauen nur schwer wieder in häusliche und ländliche Berufe zurückgeführt werden können. Die Tätigkeit in diesen Berufen wird jetzt bei den Frauen bewußt stark gemieden. Ich bekenne, daß die Frage der Frauenarbeit gegenwärtig überhaupt nicht zu lösen ist. Eine Besserung der wirtschaftlichen Gesamtlage der Frauen verspreche ich mir aber durch eine lebhafte Betätigung der Frau im politischen Leben, die ihnen die Möglichkeit einer nachdrücklichen Beeinflussung des Wirtschaftslebens verschaffen würde. (Lebhafter Beifall.) Die Frauen müssen diesen Weg gehen, weil sie in Zukunft bei Wiedereintritt normaler Verhältnisse in ungleich höherem Maße als vor dem Kriege zur Erwerbsarbeit gezwungen sind. In Versammlungen wird es heutzutage immer noch lächerlich gefunden, wenn man diesen Punkt berührt und auf die zu erwartende Heiratslosigkeit zahlreicher Frauen hinweist. (Sehr richtig!)

Sodann erhielt Genossin Adele Schreiber das Wort zu ihrem Referat „Frauenschutz". In äußerst wirkungsvoller Weise behandelte sie den großen Komplex von Fragen, die das Wort Mutterschutz umschließt. Ueber diese Dinge ist viel geredet worden. Vor dem Kriege ist die Wochenhilfe erreicht worden. Eine geringe Abschlagszahlung auf die Forderungen, die im Interesse der Gesundheit der Mütter und für die Schaffung von Grundlagen für eine gesund heranwachsende Jugend, für eine wirklich ehrliche Lösung aller Fragen der Bevölkerungspolitik aufrecht erhalten werden müssen. An praktischen gesetzgeberischen Aufgaben verlangte Adele Schreiber einen umfassenden Ausbau der Mutterschaftsversicherung. Ganz besonderen Nachdruck legte die Rednerin auf die Fürsorge für die ledigen Mütter und ihre Kinder. Die Verlogenheit der herrschenden Klassen hat gerade gegen diese unsere Mitmenschen ein ungeheures Schuldkonto auf sich geladen. Die Sterblichkeitsziffern der Unehelichen sind erschreckende Beweise für die Menschenvernichtende Wirkung der doppelten Moral. Das Frauenstimmrecht hat den Weg frei gemacht für die Mündigkeitserklärung der Frau, die durch die bisherigen Gesetze völlig rechtlos dagestanden habe. Die Rednerin ging auch auf die Friedensbedingungen ein und ihre Wirkung für Mütterwerdende. Wenn auch die Entente beschlossen hat, daß Deutschland ein großes Gefängnis werden soll, dann wollen wir das Beispiel derjenigen Freiheitskämpfer nachahmen, die noch aus dem Gefängnis heraus die wunderbarsten Freiheitslieder hinausgesungen haben, damit das Gewissen der Welt erschüttert wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Es folgt die Stellungnahme zu den vorliegenden Anträgen. Ein Antrag auf sofortige Freigabe der noch für militärische Zwecke in Anspruch genommenen Volksschulgebäude findet einstimmige Annahme. Gegen einen Beschluß des Verfassungsausschusses, der die verfassungsmäßige Festlegung der grundsätzlichen Gleichberechtigung von Mann und Frau beseitigt, wurde einstimmig protestiert. Es wurde die Aufhebung dieser Streichung verlangt. Die Vorträge der Genossinnen Hanna und Schreiber sollen in Broschürenform herausgegeben werden. Schließlich wurde die Herausgabe unserer Kriegs- und Zivilgefangenen gefordert.

In einem kurzen Schlußwort würdigte Genossin Juchacz das Ergebnis der Frauenkonferenz und feierte den trotz der Nöte des Tages und der Unsicherheit der inneren und äußeren politischen Lage sicheren Endsieg des Sozialismus.

11. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

k. r. Berlin, den 16. Juni 1919.

Sonntag abend 8 Uhr fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses in Berlin die Eröffnung des Verbandstages des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes unter zahlreicher Beteiligung der Berliner Mitglieder statt. Von der sonst üblichen Feierlichkeit war dem Ernst der Zeit entsprechend abgesehen worden. Der neue Bevollmächtigte Siegle begrüßte im Namen der Berliner Zahlstelle die Delegierten und ermahnte, die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Weise auszutragen. Hierauf nahm der Verbandsvorsitzende Leipart das Wort zu einer äußerst wirkungsvollen Eröffnungsrede. Der Umstand, daß das 25jährige Verbandsjubiläum im vergangenen Jahre infolge des Krieges nicht die Würdigung erfahren konnte, wie es dieses Ereignis wohl wert gewesen wäre, gab ihm Veranlassung, auf die Entwicklung sowie die Kämpfe und Erfolge, die der Verband bisher zu verzeichnen hatte, einzugehen. Der Fortschritt auf politischem Gebiete infolge der Revolution fand sachliche Erwähnung, jedoch nicht ohne Widerspruch der Opposition, um zum Schluß von dem stolzen Ereignis Mitteilung zu machen, daß trotz aller Schwierigkeiten und Schwankungen in der vergangenen Zeit die Mitgliederzahl des Verbandes 300 000 erreicht habe, was lebhafte Freude und Begeisterung bei den Teilnehmern auslöste. Bei der nunmehr erfolgten Konstituierung des Verbandstages wurde von der Statutenberatungskommission der Verbandsvorsitzende Leipart und Gericke-Leipzig als Vorsitzende des Verbandstages in Vorschlag gebracht, während von den Berliner Delegierten ihr Kollege Boese an Stelle Gerickes vorgeschlagen wurde, mit dem gleichzeitigen Verlangen, daß der Vorschlag für letzteren zurückgezogen werde. Gericke ist als langjähriger Angestellter der Zahlstelle Leipzig gemaßregelt worden, weil er nicht der U. S. P. angehörte. Als diesem Verlangen aus sachlichen Gründen nicht stattgegeben wurde, verließen die Berliner Delegierten den Saal, um sich über den Fall zu besprechen. In der inzwischen fortgesetzten Wahl wurden Leipart und Gericke mit großer Mehrheit zu Vorsitzenden gewählt. Nach erfolgter Rückkehr der Berliner Delegierten erhoben sie Protest gegen die vollzogene Wahl. Ein Vermittlungsvorschlag von Leipart den Berliner Kandidaten als dritten Vorsitzenden zu wählen, fand Annahme.

Berlin, den 17. Juni 1919.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Boese-Berlin, daß er die Wahl als dritter Vorsitzender ablehnt, was der Verbandstag nach kurzer Debatte annimmt. Ein Antrag der Bremer Delegierten, wonach der jetzige Verbandssekretär Dammer von den Verhandlungen des Verbandstages ausgeschlossen werden soll, wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Nach Erledigung der Unterstützungsfrage für die gestellten Anträge, erhält der Verbandsvorsitzende Leipart das Wort zum Bericht des Vorstandes. Derselbe hebt Eingangs hervor, daß es sich diesmal nicht um statutarische Aenderungen handle, da die Zustände noch viel zu ungeklärt seien, sondern Rechenschaft will der Vorstand legen und der Kritik der Kollegen unterbreiten. Während der letzten fünf Jahre, in denen kein Verbandstag stattgefunden, haben 8 Städtevertreterkonferenzen mit Einstimmigkeit den behandelten Fragen zugestimmt. Die internationalen Verbindungen mit den ausländischen Bruderorganisationen sind so gut als möglich auch während des Krieges aufrecht erhalten worden. Die Kriegspolitik des Verbandes im besonderen als der Gewerkschaften im allgemeinen, die nur im Interesse der Mitglieder geführt worden sei, fand kräftige Verteidigung. Trotz des Burgfriedens sind seit 1915 bis Ende 1918 insgesamt 2829 Lohnbewegungen ohne Streik mit 431 592 beteiligten Personen und 214 Streiks mit 15 335 Beteiligten geführt worden, durch die Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen in beträchtlichem Umfange erreicht wurden. In dem Bewußtsein nicht unfehlbar zu sein, aber ihre Pflicht erfüllt zu haben, schloß der Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Bericht.

Der Bericht der Redaktion, welcher mit dem Vorstandsbericht verbunden wird, erstattete Redakteur Kayser. In geschickter Weise verteidigte er sich gegen die der Redaktion gemachten Vorwürfe. Die vielen Beschwerden, die sich gegen die Politik der Redaktion richteten seien kein Beweis dafür, daß die Redaktion ihre Ansicht geändert habe, wohl aber dafür, daß sich die politische Gesinnung der Verbandsmitglieder inzwischen geändert habe. Gegen den Bolschewismus, die wilden politischen Streiks müßten sich die Gewerkschaften wenden, weil sie das Wirtschaftsleben vernichteten. Im übrigen weist Redner nach, daß sich die politische Haltung der Redaktion streng nach den Beschlüssen früherer Verbandstage gerichtet habe. Während der Kriegszeit erfolgte die Herausgabe des vierteljährlich erscheinenden Jugendblattes und des Frauenblattes, das monatlich erscheint. Auch dieser Bericht wird mit großem Beifall entgegengenommen.

Mit Eintritt in die Diskussion erhält als erster Redner der Opposition Siegle-Berlin das Wort in unbeschränkter Redezeit. In seinen anderthalbstündigen Ausführungen bemüht er sich die Kriegspolitik des Verbandes als arbeiterschädigend zu beweisen, Die Gewerkschaftsführer und Rechtssozialisten hätten einsehen müssen, daß es an den deutschen Machthabern lag, wenn der Friede nicht eher möglich war, und sie hätten demzufolge auch ihre Haltung ändern müssen. Die Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern nach der Revolution sei ein Verrat an den Arbeiterinteressen gewesen. Auch sie sehen ein, daß mit den Unternehmern noch verhandelt werden muß, aber nur kurzfristige Verträge dürften geschlossen werden. Zum Schluß empfiehlt er die Annahme der von Berlin gestellten Resolution, die die Kriegspolitik der Gewerkschaften verurteilt und den Gewerkschaftsführern das Mißtrauen ausspricht.

Ehe in der Debatte fortgefahren wird, erstattet Schleicher-Stuttgart den Bericht der Statutenberatungs- bezw. Vorbereitungskommission über die zum Vorstandsbericht gestellten Anträge. Er empfiehlt die Ablehnung aller Anträge die ein Mißtrauensvotum gegen die leitenden Personen des Verbandes als auch deren Absetzung zum Ziele haben und die Annahme, einer von der Kommission eingebrachten Resolution, die ausspricht, daß der Verbandsvorstand sowie die Redaktion ihre gewerkschaftlichen Aufgaben in schwerer Kriegszeit in vollem Umfange erfüllt haben und ihnen das Vertrauen ausdrückt, daß ihre Tätigkeit auch der Zukunft gerecht werden wird.

Aus Nah und Fern.

Böse Folgen der Eifersucht. In dem Dorfe Meudt im Westerwald kam es zwischen einheimischen jungen Burschen und amerikanischen Soldaten, die jungen Mädchen nachstellten, zu einer großen Schlägerei. Zwei amerikanische Soldaten wurden tödlich, drei andere schwer verletzt. Die Täter entzogen sich der Verhaftung durch die Flucht ins unbesetzte Gebiet. Der Gemeinde Meudt wurde eine Geldbuße von 20 000 Mk. wegen dieser Vorkommnisse auferlegt.

Bei einer blutigen Verbrecherjagd fanden im Oderbruch vier Personen den Tod. Dem Besitzer Gräbert in Werbig a. d. Ostbahn waren nachts 26 000 Mk. gestohlen worden. Zur Verfolgung der Räuber wurde in Sachsendorf die Bürgerwehr alarmiert. Der voraus radelnde Gendarmeriewachtmeister erhielt von flüchtenden Einbrechern mehrere tödliche Schüsse. Die Einbrecher versteckten sich in der Nähe des Bahndammes der Oderbruchbahn in dem mannshohen Roggen und feuerten auf die Bürgerwehr. Inzwischen war auch Militär mit einem Maschinengewehr und Gendarmerie hinzugekommen und das große Roggenfeld wurde völlig eingekreist. Es kam nun zu einem regelrechten Feuergefecht, bei dem drei Einbrecher erschossen wurden. Der jüngste, ein noch nicht 18jähriger Bursche, gab an, daß alle fünf aus einem Orte des Kreises Hindenburg O.-Schl. stammen. Bei den erschossenen Verbrechern wurden 3000 Mk. gefunden.

Literarisches.

Von der **„Neuen Zeit"** ist soeben das 11. Heft vom 2. Band des 37. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Wort zur Sozialisierungsfrage. Von A. Ellinger. — Rußland und der Bolschewismus. Von K. J. Ledoc. I. — Gemeinschaft und Gesellschaft. (Grundbegriffe der reinen Soziologie.) Von Ferdinand Tönnies. — Philosophie und Bildungsarbeit. Von Hans Marckwald. — Vermögensabgabe. Von Karl Vorländer. — Die Jugendgeschichte eines Arbeiters. Von L. Lessen. — Literarische Rundschau: Bruno Frank, Von der Menschenliebe. Von Paul Oestreich. Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 6,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pfg.

Bekanntmachung.

Die Lebensmittelkommission des Arbeiterrats ist vom Senat unter Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung der Bürgerschaft bis auf weiteres mit der Befugnis ausgestattet worden, Haussuchungen nach im Schleichhandel erworbenen Lebensmitteln vorzunehmen. Die Kommissionsmitglieder

Elektriker Karl Maria **Herrmann**, Allsheide 16,
Schlosser Wilhelm Otto Hermann **Seebach**, Werderstr. 5,
Zeitungsausträgerin Anna Elisabeth Henriette **Bloeß**, Engelsgrube 31/10,
Hafenarbeiter Johann Joachim Christian **Saumann**, Chaisotstraße 16,
Zollaufseher Heinrich Karl Wilhelm Christian **Zelk**, Warendorpstraße 48,
Schiffszimmermann Karl **Burmeister**, St. Johannis 22,
Former Emil **Knapp**, Waisenhofstraße 29,
Kontoristin Emma **Götz**, Brockesstraße 42,
Geschäftsführer Ernst **Koll**, Breite Straße 63,
Möller Leonhard **Beuthling**, Emilienstraße 16

sind im Besitze einer von der Senatskanzlei ausgestellten Bescheinigung, deren Inhalt wie folgt lautet:

„Es wird hiermit bescheinigt, daß das Mitglied der Lebensmittelkommission des Arbeiterrates

. . . . . .

befugt ist, Haussuchungen nach im Schleichhandel erworbenen Lebensmitteln vorzunehmen und diese Lebensmittel in dem Hause, in dem sie vorgefunden sind, sicherzustellen. Die sichergestellten Lebensmittel dürfen weder aufgezehrt noch entfernt werden.

Lübeck, den 19. Juni 1919.

Die Senatskanzlei.
J. A.
(L. S.) Wirow,
Assistent."

Die Befugnis der Mitglieder der Kommission beschränkt sich auf die Feststellung und die Sicherung der im Schleichhandel erworbenen Lebensmittel. **Ein Recht auf Fortschaffung steht ihnen nicht zu.** Die endgültige Beschlagnahme sowie die weitere Verfügung über die Lebensmittel erfolgt auf Antrag der Kommission oder des Eigentümers der Lebensmittel durch die zuständige Abteilung des Landesversorgungsamts. Über Beschwerden gegen diese Entscheidungen beschließt das Landesversorgungsamt in seiner Gesamtheit.

Alle andern Ausweise sind ungültig.

Lübeck, den 19. Juni 1919. (3795

Die Senatskanzlei.

Bekanntmachung.

Die Geschäftsstelle für Beleuchtungsmittel — Petroleum, Spiritus und Kerzen — befindet sich ab Montag, den 23. d. M. in der Zentrale für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen (Börse).

Geschäftszeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Die bisherige Geschäftsstelle, Schmiedestraße 25, wird am Sonnabend, dem 21. d. M., mittags 12 Uhr, wegen Verlegung der Geschäftsräume geschlossen.

Lübeck, den 18. Juni 1919. (3777

Das Landesversorgungsamt.

Oeffentliche Ausschreibung.

Die Ausführung der **Erd-, Beton- und Eisenbetonarbeiten** für den Bau einer 25 m breiten Straßenbrücke in der Israelsdorfer Allee zwecks Unterführung der zweigleisigen Hafenverbindungsbahn soll öffentlich vergeben werden.

Die Verdingungsunterlagen sind beim Wasserbauamt I während der Dienststunden einzusehen oder können von dort gegen porto- und bestellgeldfreie Einsendung von 15 Mk. bezogen werden, die bei ordnungsgemäßer Abgabe eines Angebots rückerstattet werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum 30. Juni 1919 vormittags 11 Uhr einzusenden, zu welcher Zeit die Eröffnung in Gegenwart der erschienenen Bieter stattfindet.

Zuschlagsfrist 4 Wochen. (3786

Lübeck, den 4. Juni 1919.

Wasserbauamt I.

Regierung.

Eutin, den 18. Juni 1919.

Die Regierung hat Veranlassung, für die Bade- und Kurorte darauf hinzuweisen, daß während der Zeit, wo die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, das Verkaufen oder Abgeben von Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an öffentlichen Orten im stehenden Gewerbe oder im Gewerbebetriebe im Umherziehen verboten ist. Ausnahmen von diesem Verbot werden nicht zugelassen.

Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird nach den Vorschriften der Gewerbeordnung bestraft. Außerdem wird auf Grund der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der Gewerbebetrieb untersagt werden. (3800

Dr. Meyer-Rodenberg.

Regierung.

Eutin, den 18. Juni 1919.

Gast-, Speise- und Schankwirtschaften, Cafés, Theater, Lichtspielhäuser, Räume, in denen Schaustellungen stattfinden, sowie öffentliche Vergnügungsstätten aller Art in den Kurorten Malente-Gremsmühlen und Bad Schwartau sowie in den Ostseebädern des diesseitigen Bezirks sind um 11½ Uhr abends zu schließen.

3801) Dr. **Meyer-Rodenberg.**

Lübecker Straßenbahn.

Die zur Zeit für den Bezug von Arbeiter-Wochenkarten in Benutzung befindlichen Berechtigungsscheine verlieren mit dem 28. Juni ds. Js. ihre Gültigkeit.

Eine Neuausfertigung dieser Scheine kann unter Vorlage einer neuen Arbeitsbescheinigung mit Angabe des Arbeitsverdienstes in der Zeit vom 18.—27. Juni 1919 werktäglich von 7 bis 2 Uhr im Verwaltungsbureau, Roeckstraße 49 a, erfolgen.

Vorgeschriebene Vordrucke für die Arbeitsbescheinigungen sind bei der Firma Gebrüder Borchers erhältlich.

Lübeck, den 18. Juni 1919. 3788

Die Betriebsverwaltung.

Kriegsteilnehmer u. Kriegsgetraute

Möbelbeschaffung
Ausstellungsraum
Katharinenkirche täglich von 3—6 Uhr.
Gemeinnützige Gesellschaft für Möbelbeschaffung
m. b. H. 3776

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unserer lieben guten Mutter danken wir allen Verwandten und Bekannten sowie ihren früheren Mitarbeitern der Firma Ch. Erasmi. (3790
Bernh. Rink und Frau Elise geb. Möller.
Dorneitr. 45. I.

Junger Laufbursche
für den ganzen Tag. (3771
Werner & Hörnig,
Buchdruckerei, Königstr. 47.

Echte Wiener Handharmonika zweireihig, billig zu verkaufen.
3770) Fischstraße 2.

Ein Blockwagen zu verkaufen, Schmiedearbeit, Preis 140 Mk.
3773) Brüderstraße 13, I.

Weiße Leinenschuhe, Gr. 36/37, weißer Seidenbortenhut f. Backfisch billig zu verkaufen.
3804) Dankwartsgrube 64, II.

Eigengemachtes Leinenzeug zu Bettlaken zu verkaufen.
3775) Marlistr. 35.

Schwarzer Damenhut u. eine Militärmütze zu verkaufen.
3789) Moislinger Allee 16 a.

Großer Kaninchenstall billig zu verkaufen. Näheres
3769) Weiter Lohberg 17.

Zu verkaufen **Haus An der Mauer 66.** (3785
Näheres beim Eigentümer, Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

1 Paar neue Damenschuhe, Gr. 38 zu tauschen gegen Gr. 39.
3803) Alte Irrenanstalt Nr. 24.

1 Paar neue Damenhalbschuhe Gr. 40 mit Gr. 41 zu vertauschen.
3774) Elswigstr. 21 b, pt.

Zu kaufen gesucht ein gut erhaltener Teppich. Ang. m. Preis u. **L K** a. d. Exped. (3772

Zu kaufen gesucht ein gut erhaltener Sparherd, 2 Türen und ein Fenster. (3805
Schlutup, Marienstraße 5.

Universal - Mühlen
für Hand und Kraftbetrieb in verschiedenen Größen. Große Leistung, leichter Gang. Unentbehrlich für Industrie, Gewerbe, Haushalt. Abbildungen ver-
3791) sendet kostenlos [Z
Max Jentzsch,
Pössneck, Thrg.

Neu eingetroffen sind:
Reuters Werke
mit viel. Illustration. **11 Mk.**
Goethes Werke
mit viel. Illustration. **11 Mk.**
Hauffs Werke
mit viel. Illustration. **11 Mk.**
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Kartenbriefe
sind vorrätig.
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.
Buchhandlung.